

Heute tagen die Betriebszellen der Partei! Kein Mitglied darf fehlen!

Bauarbeiter-Zeitung

erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis:
Breslau, 42 Pf. + 2 Pf. Bogenlohn = 50 Pf. monatl. 1,65 M. + 50 Pf.
Bogenlohn = 2,15 M. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen
monatlich 2,15 M., unter Streifband 3 M. Anzeigenpreis: Die
zehngelstige Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf. Vereins- u. Ver-
sammlungsangelegen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigelstige Milli-
meterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der
Postexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 480 39. Postcheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Bordert-
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17–18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Ber-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 480 32.

Reichstag tagt hinter Polizeifeeten

SPD. läßt durch Breitscheid erklären: „Man kann den Nazis den Anteil an der Regierung nicht verwehren!“ — Genosse Schneller rechnet mit den Kriegstreibern ab und ruft zur Schaffung der roten Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtber.) Der Reichstag hat gestern begonnen. Mit Schupo-Neuten und berittenen Patrouillen Unter den Linden. Mit Absperrtauen am Brandenburger Tor und Ueberschläfern. Und mit einer Rede des Finanzministers und Bizekanzlers Dietrich, die ein Beispiel für die völlige Hilflosigkeit war, mit der die Regierung vor der Notlage des arbeitenden Volkes steht.

„Der Konkursverwalter hat das Wort!“, so empfingen ihn die Kommunisten. Mit eisigem Schweigen nahmen selbst die Regierungsparteien die famosen Versicherungen Dietrichs auf, daß die Schulden zurückgegangen seien.

Die Kommunisten rufen: „Und der Bankrott der Gemeinden?“

Mit einer verächtlichen Handbewegung geht der Finanzminister des Reiches über die Katastrophe der Kommunen hinweg: „Ich spreche hier nicht als Oberbürgermeister.“

Mögen die Gemeinden die Auszahlung der erbärmlich geringen Wahlfahrtsunterstützungen und der knappen Gehälter noch mehr einschränken oder gar ganz einstellen, mögen sie die letzten Hinterbauten kündigen — der Herr Reichsfinanzminister erklärt sich unzuständig.

Nach ihm ergriß Breitscheid das Wort. Selbstverständlich erkennt er „die Notwendigkeit starker Sparmaßnahmen“ an. Selbstverständlich hat er nur Bedenken, aber kein „Nein“ für die von der Regierung geplante sogenannte Notabgabe, der im Kabinett eigentlich ausgearbeiteten neuen Belastung für die Werkstätigen, mit der man das Milliardendefizit decken will.

Was Breitscheids Rede die besondere Bedeutung gab, ist seine widerwärtige Abneigung bei den Nazis. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte die Schamlosigkeit ihres und seiner Partei dessen zu rühmen, daß die Nazis es der SPD verbanfen, wenn sie heute im Reichstag sitzen können:

„Viele von Ihnen (zu den Nazis gewandt) sähen nicht in diesem Saal, wenn nicht wir Novemberverbrecher da wären, die Deutschland vor dem Chaos bewahrt haben.“ (Stürmisches Hört! Hört! Rufe bei den Kommunisten.)

Vor dem Chaos... Das heißt vor den Bolschewisten! Herr Breitscheid hat recht. Wenn seine Partei nicht mit den Waffen der Reichswehr die Kommunisten an der Regierung über-

nahme und an der Durchführung des Sozialismus verhindert hätten, dann gäbe es heute keine Nationalsozialisten. Denn wo die Kommunisten regieren, da ist kein Raum für den Faschismus. Aber der SPD-Führer sprach nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über die Gegenwart:

„Keiner wird den Nationalsozialisten den Anteil an der Regierung verwehren können, wenn sie sich mit anderen Parteien darüber in einer Koalition einigen.“

Man muß diese auch durch das Reichstagsprotokoll festgehaltene Anerkennung allen sozialdemokratischen Arbeitern vorlegen. Dann sie dann entscheiden, ob nicht wir Kommunisten recht haben, wenn wir sagen, daß die SPD-Führer nicht den Finger dagegen rütteln, daß die Nazis in die Regierung gelangen. Sie haben niemals die Waffen gegen die Nazis geführt und erklären schon im voraus, daß sie es auch nicht tun werden, wenn die Nazis offen in die Regierung gelangen. Wie heute schon, wie Breitscheid es gestern im Reichstag tat, einer Nazikoalition Regierungsvollmacht gibt, das ist der schlimmste Feind der roten Einheitsfront.

Dolmetscher dieser Meinung von Millionen Arbeitern war gestern der Genosse Schneller, der die Arbeiterschaft vor den neuen Anschlägen auf die Löhne, direkt durch den Lohnabbau und indirekt durch Steuern, warnte und die Anwendung der erfolgloseren Waffe der roten Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus propagierte.

Seine Rede war eine vernichtende Abrechnung mit den Kriegstreibern diesseits und jenseits der Grenze, die gerade jetzt wieder die Ermordung Tonners zu einer tödlich-verlogenen Hege gegen die Sowjetunion und die Komintern ausschlachten. Eine Abrechnung mit der Regierung, die dem Proletariat seine Organisationen nimmt, den proletarischen Freidenkerband durch Notverordnungen verbietet und die Lebenshaltung der Arbeiter dieser und dieser senkt.

Am Parlament erscholl der Ruf zum außerparlamentarischen Kampf. Diesen Ruf in Betrieb und Stempelstellen zu tragen, ihm durch Taten des proletarischen Massenkampfes zu antworten, das erfordert die Stunde.

Bauarbeiterstreit in Mitultschütz

30 Bauarbeiter legen die Arbeit nieder — Arbeit wird nicht eher aufgenommen, bis wieder der alte Lohn gezahlt wird — Bauarbeiter, heraus zum Kampf gegen den Lohnraub!

Mitultschütz. Auf der ganzen Linie versucht man im Baugewerbe den Lohnraub durchzuführen. Die Bauarbeiter beginnen sich gegen den Lohnraub aufzulehnen. In mehreren Orten des Reiches haben die Bauarbeiter die Fahne des Streikampfes gehißt.

Am Montag, dem 9. Mai, legten 30 Bauarbeiter der „Nost Bau-Aktiengesellschaft“ in Mitultschütz am Bau der Kläranlage die Arbeit nieder mit der Erklärung, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis der vorgenommene 15 prozentige Lohnabbau zurückgenommen wird.

Trotzdem die an der Schlichterkammer schwedenden Verhandlungen noch zu keinem Abschluß geführt haben, versuchte die Nost Bau-Aktiengesellschaft, wie aus nachfolgender Bekanntmachung ersichtlich ist, den schon genannten Lohnraub von 15 Prozent vorläufig durchzuführen und die Bauarbeiter vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Nost Bau-Aktiengesellschaft

Gleiwitz OS.

Bekanntmachung.

Die bisherigen Löhne treten mit dem 30. April 1932 außer Kraft. Die für die Zeit ab 2. Mai 1932 maßgebenden Löhne sind noch nicht endgültig festgelegt. Die Entlohnung für die Zeit ab 2. Mai findet daher vorbehaltlich einer auf Grund der endgültig festzusetzenden Löhne später vorzunehmenden Abrechnung vorläufig statt auf Grund des durch die Schlichterkammer gefallten Schiedsspruches.

Arbeitnehmer, die das Arbeitsverhältnis über den

2. Mai d. J. hinaus fortsetzen, erklären damit ihre Zustimmung zu vorstehender Regelung.

Gleiwitz, den 30. April 1932.

Nost Bau-Aktiengesellschaft.

Bauarbeiter, nehmt auf allen Baustellen Stellung zu diesem unerhörten Lohnraub und bildet die proletarische Einheitsfront ohne Unterschied der Partei und der Gewerkschaftsangehörigkeit. Bildet Kampfausschüsse, in denen alle Kollegen vertreten sind, und tretet geschlossen in den Kampf gegen den Lohnraub, der durchgeführt werden soll. Bereits versendet der Zentralverband christlicher Bauarbeiter an seine Mitglieder ein Schreiben, sie sollen diesen 15 prozentigen Lohnraub annehmen, da es den Gewerkschaftsführern „nur unter großen Anstrengungen“ gelungen sei, daß nur 15 Prozent vom Lohne abgezogen werden sollen. Erkennt, daß ihr einheitlich und geschlossen selbst eure Forderungen aufstellen müßt, und daß nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition euch in diesem Kampfe führt.

Alle Berliner Möbeltransportarbeiter im Streit

Am Montagfrüh sind sämtliche Möbeltransportarbeiter geschlossen in den Streit getreten, um einen Schiedsspruch abzuwehren, der ihnen einen Lohnabbau von 10 bis 13 Prozent aufzwingen soll. Der Streit steht unter Führung der oppositionellen Branchenleitungen im Gesamtverband und wird in roter Einheitsfront der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter geschlossen durchgeführt.

Bon der Einheitsphrase zur roten Einheitsfront der Tat!

Breslau, den 10. Mai.

Die Wahlen des 21. April haben gezeigt, daß es der kommunistischen Partei nicht gelungen ist, größere Massen des Proletariats von den mit dem Kapitalismus verbündeten Führern der Sozialdemokratie und „freien“ Gewerkschaften loszulösen. Am 1. Mai sind in ganz Deutschland wiederum Hunderttausende von Arbeitern unter der Führung der Gewerkschaftsbefreiung aufmarschiert. Diese Tatsachen beweisen, daß wir es nicht verstanden haben, die leninistische Einheitspolitik genügend zu verwirklichen. In der Resolution des ZK-Plenums im Februar 1932 ist gesagt, daß die revolutionäre Einheitsfront das Haupttätigenglied der proletarischen Politik in Deutschland darstellt. Wie können nicht sagen, daß dieser Satz bereits genügend in die Praxis umgesetzt ist. Neben ultralinkem Sectierertum zeigt sich bei der Umwandlung der Einheitsfrontpolitik in der Praxis als Hauptziel die rechtsopportunistische Versöhnung. Beide Abweichungen sind begründet in einer mangelnden Sicherheit und Klarheit auf dem Gebiete der marxistisch-leninistischen Theorie. Das letzte Parteidiktat muss von dem leichten Glauben befreit sein, daß nur der Marxismus-Leninismus die Interessen der proletarischen Klasse vertritt, daß also bei richtiger Popularisierung und richtiger Anwendung des Marxismus-Leninismus es der Partei möglich sein muss und wird, die Wehrkraft des Proletariats unter seiner Fahne zu sammeln.

Die ultralinke Einheitsfront verlangt von den Massen, sie mögen im vorhinein die kommunistische Führung anerkennen, sie sollen von der Verhärtung der Kommunisten, die proletarischen Interessen am besten und zweitmäßigsten zu vertreten, von vornherein überzeugt sein. Die rechtsopportunistische Abweichung will die Einheitsfront durch Verhandlungen mit den Arbeitervertretern, sozialdemokratischen Sparten, soliert von den Massen bilden und gelangt so unweigerlich in das Schlepptau jener Bourgeoisie. Jedoch sieht, daß beide Abweichungen von der leninistischen Strategie nur zwei Seiten einer und derselben Sache sind. Im ersten Falle führt die ultralinke Abweichung praktisch zur Isolierung von den Massen, d. h. die revolutionäre Partei führt die Einheitsfront „mit sich selbst“ durch, es gelingt ihr nicht, die breiten Massen von der sozialbürgerlichen Führung zu lösen. Andererseits bewirkt die rechtsopportunistische Versöhnung, die ein Bündnis mit den reaktionären Führern der Sozialdemokratie und freien Gewerkschaften anstrebt, daß die in sozialdemokratischen Illusionen besetzten Massen die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse nicht begreifen und daher weiter unter dem Eindruck ihrer Führer bleiben. Außerdem wird durch eine solche Taktik Verwirrung in die Reihen des revolutionären kommunistischen Parteipaaßt getragen. In beiden Fällen ist das Ergebnis das gleiche. Die Isolierung der sozialdemokratischen streikbereiteren Führer, die für das Proletariat bei Strafe seiner weiteren Verstärkung durch eine offene sozialbürgerliche Taktatur eine Lebensfrage ist, mischlingt. Die kommunistische Partei kann ihr strategisches Hauptziel, die Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die politische Macht zu mobilisieren, nicht erreichen.

Wie kann die rote Einheitsfront gebildet und dabei die revolutionäre Führung vertreitlich werden? Stalin sagt darüber in „Frage des Leninismus“ (Bd. 6 der Marx. Bibliothek):

„Das Vertrauen der Arbeiterschaft aber wird nicht durch Gewalt erworben — in unserem Falle: nicht durch ultralinkes Kommandieren —, sondern durch die richtige Theorie der Partei, die richtige Politik der Partei, durch die Ergebnisse der Partei für die Sache der Arbeiterklasse, durch ihre Verbindung mit den Massen der Arbeiterklasse, durch ihre Bereitschaft, ihre Fähigkeit, die Massen von der Richtigkeit ihrer Lösungen zu überzeugen. Die Partei muss sich, sagt Stalin weiter, tagaus, tagbei, das Vertrauen der proletarischen Massen erobern, durch ihre Politik und ihre Arbeit die Unterstützung der Massen schmieden, sie darf nicht kommandieren, sondern muss vor allem überzeugen, indem sie den Massen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen die Richtigkeit der Politik der Partei zum Bewußtsein bringt. Sie muß folglich „Leiter, Führer, Lehrer ihrer Klasse sein.“ Lenin betont Lenin in „Der Radikalismus, die Kinderlosigkeit des Kommunismus“, daß die breitesten Massen sich von der Richtigkeit der politischen Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei durch eigene Erfahrung überzeugen müssen. Um das Vertrauen der Arbeiterklasse zur Partei zu stärken und festigen, ist also eine langwierige Arbeit der Partei in den Massen, die Fähigkeit der Partei, die Massen

Breslau, 10 Mai.

Proletarische Freidenker verboten!

Die Spießer lassen frischen Mut:
„Der Brünning ist doch fabelhaft.
Hoch Gott — der Mensch ist ja sooo gut.
Das hätten wir nu mal geschafft.“
Denn jetzt macht sich ins Weintofel
Und sonst mit Gott und Kapital.
Lach nicht zu früh, ihr Herren!
Herr Leichen-Pietich ist „riesigerüth“,
Endlich hat doch der deutsche Staat
Mal „heine“ Politik geführt,
Das war ne „soziale“ Tat.
Die Konkurrenz ist jetzt verboten,
Und er schlägt weiter Schoum nach Noten.
Vielleicht schlägt mal ein anderer!
Die DFB-Bonzen sind brav
Für Gummimützelprepulst,
Sind frei — vom Denken, frei — vom Geist,
Vom Sozialismus frei, das heißt
Da gibt's zum Dank den Paragraph
Für Spießer und für Bonzenhals —

Die Gottlosen verboten!
Verbieten! — Ha, kann man den Sturm,
Den wucht'gen Sturm der Tat verbieten?
Kann man denn die bankrotte Welt
Mit Nageln des Verbotes nieten?
Kann man sich so von uns befrein?
Nein Brünning, nein! — Nein Pius, nein!
Ihr mögt verbieten, zetern, schrein —
Die ganze Welt wird unser sein!!!
Die Gottlosen marschieren!
Jonne.

Die verbotene SA. bei Bürgerkriegsübungen

Spaziergänger berichteten uns: Am vergangenen Donnerstag (Himmelfahrtstag) erschienen gegen 9 Uhr zwischen Kotwitz und der Ober, kurz vor Jungfernsee, etwa 120 bis 150 SA-Leute. Ihr Anmarsch geschah in Rudeln zu je 30 Mann. Allem Anschein nach kamen diese aus Breslau. Ein großer Teil trug die Uniform der SA. An dem bezeichneten Platz kurz vor Jungfernsee wurden den ganzen Tag über zunächst sportliche Übungen und danach reguliertes militärisches Exerzieren durchgeführt. Nachmittags marschierten sie geschlossen in Zweireihen unter Wissens nationalsozialistischer Führer wieder in der Richtung nach Breslau ab.

Aus dieser kurzen Notiz spricht sehr viel, zeigt sie vor allem doch, daß die „verbotene“ SA, die Privatarmee Hitlers, in voller Kriegsbemalung ihre Bürgerkriegsübungen abhält, ohne daß sich ein Staatsanwalt oder nur ein Gendarmeriebeamter findet, der sie daran hindert. Ein Zeichen, wie unter der Masse der Demokratie die brutale faschistische Diktatur vorbereitet wird. Arbeiter, hattet die Augen auf, und berichtet über alles von euch beobachtete Geschehen!

Die Kirche hat einen guten Magen

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 5. April wandte ich mich mit folgendem Schreiben an das Evangelische Konsistorium der Kirchenprovinz Schlesien, Breslau 1: „Während Millionen von Arbeitern und Angestellten keine Arbeitsmöglichkeit zugewiesen wird, da angeblich keine Arbeit und kein Feld vorhanden sein soll, besteht doch die skandalöse Tatsache, daß es immer noch Leute in Deutschland gibt, die über mehr als eine ausreichende Verdienstmöglichkeit verfügen. So soll auch der Verwaltungsdirektor des Parochialverbandes, Herr Behnke, laut Anzeige im Fernsehbericht, ein Erster Bürgermeister i. R., also ein Doppelverdiener sein.“

Ich richte hiermit an Sie die Frage im Auftrage der Erwerbslosen, was gedenken Sie zu tun, um einen solchen, zum Himmel streitenden Zustand so schnell wie möglich zu beseitigen?

Das Arbeitsamt wie auch das Wohlfahrtsamt wird bestimmt in der Lage sein, geeignete Kräfte in Vorschlag zu bringen, die durch Beauftragung von Arbeit den Wohlfahrtsrat entlasten würden, und das Konsistorium würde durch eine Belebung dieses Potenz mit einem erwerbslosen Angestellten Gelegenheit haben, zu bezingen, daß es an der Beseitigung von Mirkständen tatsächlich interessiert ist.“

Darauf ging am 13. April bei mir folgender Bescheid vom Konsistorium ein: „Der Anfang der Geschäftsführung des evangelischen Parochialverbandes ist derartig groß, daß mit ihm eine besonders erweiterte Persönlichkeit betraut werden mußte. Es ist dem Parochialverband gelungen, in der Periode des in Frage stehenden Bürgermeister i. R. eine solche Kraft zu finden, die eine ihrem Arbeitsumfang entsprechende Entschädigung deshalb nicht zu erhalten droht, weil ihr noch der Bezug am Ruhegehalt zusieht.“

Würde der Geschäftsführer ein solches nicht beziehen, so müßte eine Entschädigung bedeutsam erhöht werden. Daß die Bezüge des Geschäftsführers den gesetzlichen Fixzügen unterliegen, bemerkten Sie noch nebensätzlich.

Somit die Antwort auf mein Schreiben. Hierin ist auch die Bedeutung dafür enthalten, daß es sich bei diesem Bürgermeister i. R. um einen Doppelverdiener ersten Ranges handelt. Und das in die kirchliche Kirche, die ihren wadlichen Thron bereits besetzt sieht und deshalb das Verbot der kommunistischen Gottlosenbewegung forderte. Als Antwort darauf heißt es nur: Heraus aus der Kirche! Organisierte Massenausstrittspartien! Fordert die Aushebung des Verbots des proletarischen Freidenkerverbands!

Kassensteuer zum Ausbalancieren des Haushaltsetats

Brodau. Mit allen Mitteln versuchen die Kommunen, Kreise, Provinzen usw. ihre Defizite auszubalancieren. Rigoros werden neue Steuern eingeführt, nachdem bereits die vorhandenen in gewindelhafter Höhe getrieben worden sind. So hat nun am Freitag die Gemeindevertretung in Brodau eine Kassensteuer eingeführt. Hiermit hat die Gemeinde Brodau als erste den Gipfel der Unverschämtheit erreikt. Eine Kassensteuer, die da vorliegt für die erste Woche im Jahre 15 Mark und für jede weitere 25 Mark jährlich an Steuer. Gleichzeitig droht man eine Geldstrafe von 150 Mark an alle diejenigen, die einen Verstoß gegen die Kassensteuerordnung begangen.

Die Kasse, die bekanntlich von vielen armen Leuten zur Belämmung der Mäuseplage ihre Verwendung findet und die vielfach das einzige Vergnügen für so manches Proletarierkind ist, soll nun jetzt mit 15 Mark im Jahr versteuert werden. Mit dieser Maßnahme wird eine weitere Schikane gegen die arbeitende Bevölkerung ausgeübt, während auf der anderen Seite die besitzenden Kreise mit Steuer-

Bereitet die Elternbeiratswahlen am 12. Juni vor

Kampf gegen Schulabbau und Schulreaktion — Freidenker vor die Front — Kämpft gegen die politische Entziehung der proletarischen Kinder!

Breslau. Wie bereits durch die Presse bekannt wurde, finden die diesjährigen Elternbeiratswahlen für die Volksschulen im Bezirk Breslau am Sonntag, dem 12. Juni, statt. Wir haben bereits vor vielen Wochen auf die mit Hilfe der SPD durchgeföhrten ungewöhnlichen Abbaumahnahmen in den Volksschulen hingewiesen. In diesem Zusammenhang wiesen wir gleichzeitig auf eine Vertreterversammlung des Schlesischen Lehrervereins hin, auf welcher eine Entschließung angenommen wurde, in der es unter anderem heißt:

„Uns graut vor dem trostlosen Bild unserer Zeit, Gefängnisse und Zuchthäuser füllen sich, die Schule wird abgebaut! Die Familie wanzt in ihren Grundlagen! Die Schule wird abgebaut! Gegenwart und Zukunft stellen an die Jugend die allerhöchsten Anforderungen: Die Schule wird abgebaut! Kapitalist*en werden ins Ausland verschoben, Steuern werden unterschlagen, riesige Summen werden für Ausflüsse, überflüssige Länderregierungen und Länderparlamente verschwendet: Die Schule wird abgebaut! Es gab Zeiten allergrößter Vollknot. Da war die Schule ein Gegenstand besonderer Pflege und Förderung. In unserer Zeit fühlt sich die Schule wie verraten und verlaust.“

In dieser Entschließung brachten selbst die Lehrer zum Ausdruck die Unhaltbarkeit der rigorosen Sparmaßnahmen auf Kosten der Schüler. Für uns genügt es jedoch nicht nur, die Tatsachen festzustellen und dann zu schimpfen und zu fluchen, sondern an uns liegt es, diese Dinge zu ändern.

Deshalb müssen wir kämpfen!

Kampf auf breitestem Einheitsfrontgrundlage gegen alle Spar- und Abbaumahnahmen der Brünning-Severing-Regierung ist das Gebot der Stunde. Diesen Kampf, der geführt werden muß in einer einheitlichen Front der Erwachsenen und Kinder, gilt es gerade jetzt in der Vorbereitungsperiode der Elternbeiratswahlen zu steigern für folgende Forderungen:

Kostenlose Schulspeisung für alle Volksschüler!
Kostenlose Lieferung der Vermittlung (Bücher, Hefte usw.)
Für Lehrereinstellung gegen Lehrerabbau!
Schaffung von hellen, gesunden Schulräumen
Für Bau von Schulen, gegen die Schließung!
Renovierung alter Schulen, wo diese von den revolutionären Elternbeiräten und Eltern für notwendig befunden wird!
Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer!
Höchstzahl der Klassen darf nur 30 Kinder sein!
Einrichtung von besonderen Lese- und Klubräumen in den Volksschulen, die den Organisationen des Proletariats zur Verfügung stehen!

Schaffung von Schülerbibliotheken mit proletarischen Büchern!
Hygienische Wasch- und Toilettenräume!
Ausbildung der Schulen durch die Kinder selbst mit proletarischen Bildern!

Sofortige Entlassung aller Prügellehrer!
Verbot jeglicher Strafarbeiten!

Diese Kampfforderungen, die entsprechend den örtlichen Verhältnissen noch konkretisiert und erweitert werden müssen, müssen in allen in der nächsten Zeit stattfindenden Elternversammlungen als Grundlage der Diskussion gemacht werden. Desgleichen müssen alle Kampftreibenden Eltern für diese Forderungen mobilisiert und auf die Liste: Proletarischer Schulkampf gesetzt werden.

Die Liste „Proletarischer Schulkampf“ muß in allen Schulen zur Einreichung gelangen und muß alle diejenigen Eltern, die sich für obige Forderungen einzutragen gewillt sind, erfassen. In einer Schule in Scheitnig haben die Eltern, wie berichtet wurde, bereits den ersten Vorstoß in dieser Richtung unternommen. In allen Schulen gilt es in dieser Linie vorzustehen. Bereitet die Elternbeiratswahlen gut vor. Kämpft gegen die Abbaumahnahmen an den Volksschulen, kämpft gegen die Schulreaktion.

Zehn Gebote für die Mutter

Frauen, hört zu! Plakate am Wohlfahrtsamt!

(Arbeiterkorrespondenz)

Das Wohlfahrtsamt, die Stätte, wo der deutsche Staat seine armen Bürger mit Gaben „überschüttet“, hat — wie man so schön sagt — nicht nur die Aufgabe, wirtschaftliche Not zu lindern, was ja mit großem „Erfolg“ durchgesetzt wird (dafür als Beweis die mehrfachen Selbstmorde an einem Tage!), sondern es hat auch die Mission, geistig für die Armen aufzuladen zu wirken.

Und so tut man dies auch. Es gibt zurzeit daselbst Propagandaplakate für „seligerliches Leben“ und ähnliche Dinge. Eines davon ist besonders bemerkenswert: „Zehn Gebote für die Mutter.“ Da steht unter anderem zu lesen: „Nährt dein Kind sieb!“ Dem Menschenkindlein taugt Menschenmilch; keine Tiermilch, kein Nährmittel kann sich mit ihr messen. Bei künstlicher Ernährung sterben siebenmal mehr Kinder als bei natürlicher. Gib deinem Kind sieb oder sechs Mahlzeiten täglich.“ So steht es auf dem Plakat aber es steht keine Gebrauchsweise dabei, weder die ausgehängerte, verlorende Arbeiterfrau, die selbst nicht genug zu essen hat, und selbst nie mehr satt wird, ihre Kräfte nehmen soll, um ihr Kind am Tage fünf bis sechsmal zu nähren. Und dann heißt es weiter unter Paragraph 5: „Lasst Licht, Lust, Sonne an euer Kind, das ist der beste Schutz gegen englische Krankheit. In dumpler Stubenluft, in heißen Deden und Küllen weilt es und will nicht gedeihen. Darum bringt es viel ins Freie.“

Solch ein blöder und gemeiner Hohn! Schaut auch die Arbeiterwohnungen an wo jedes bis sieben Kinder in einer Stube schlafen, in dumpfer, städtiger Luft, drei und oftmals mehr in einem Bett, dann wird euch „Gesundheitsbonzen, die ihr für die Armen außer Proteien kein anderes Hilfsmittel wünscht als den Gummimützelpack der Armutswirtschaft in die Hände steigen und ihr werdet schleunig verduften.“

Welche arbeitslose Frau und welche Arbeiterfrau kann mit ihren Kindern ins Freie gehen, oder sollte sie sich ein Kinderkränlein halten? Denn es steht auch noch etwas dort von guter Hauspflege und meist einem ärztlichen Rat usw.

„Zehn Gebote für die Mutter!“ Das ist ein Hohn für die Proletarierfrauen. Sicherlich muß es heißen: „Zehn Gebote für die kapitalistische Mutter!“ Wer was soll das Plakat dann auf dem Wohlfahrtsamt?

In einem einzigen Lande der Welt, wo keine Wohlfahrtsämter mehr notwendig sind, weil es dort Arbeit und Brot gibt, hätte dieses Plakat Berechtigung. In der Sowjetunion gilt die erste Sorge dem Arbeiter und der neuen Generation, dem Kind. Dort hat die Arbeiterfrau bezahlten Urlaub. Sechs Wochen vor und nach der Geburt des Kindes. Dort gibt es in den Betrieben Stillstuben, Kinderkrippen und Kindergarten und Stillzeit für Mütter. Das ist in dem Lande, wo Kommunisten regieren! Datum, Frauen und Mütter, kämpft mit der SPD für Mutter- und Säuglingschutz.

Das bohnenförmige Zehn-Gebete-Plakat hängt auch am südlichen Wohlfahrtsamt Wallstraße, und es ist wichtig, in diesem Zusammenhang zu sagen, daß die jüdische Gemeinde für sieben Oberpfäfser und Gemeindebeamte ein höheres Gehalt zahlt, als der Wohlfahrtsrat für 6000 unterstützte Menschen im ganzen Jahre beträgt. Und dieses Plakat hängt an allen „Volksbegüßungstellen“ (schrift: Wohlfahrtsamt!).

Mütter! Befolgt der Rat des Wohlfahrtsamtes! Nährt euch und eure Kinder gut, aber dazu mußt ihr erfüllen das kapitalistische System unterstützen und den Sozialismus aufbauen. Kämpft mit den Kommunisten für Arbeit, Brot und Freiheit, das ist die beste Antwort auf den Hohn und auf die Provokation des Zehn-Gebete-Mutterplakats!

Masch

Mittwoch, 19.30 Uhr, Kursus Marxismus (Vorlesung), Blücherstraße 14, Seitenhaus, 1. Stock.

Vorlesung Fichte. Unsere Übungsklasse findet ab heute nicht mehr gemeinsam mit den Schwerathleten statt. Neue Übungsstunden Dienstag und Sonnabend um 20 Uhr im Heim. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht, da wichtige Versprechungen erforderlich.

Geschäftliches

Vas Schöne Schlesien!

Schlesien ist eines der schönsten Länder Deutschlands, jedenfalls das schönste Ostdeutschlands. Seine Gebirge — 200 Kilometer lang — sind die höchsten Deutschlands, nächst den oberbayerischen Alpen. Das Riesengebirge über 1600 Meter entzündet durch seine

alpinen Bilder, das Jägergebirge — über 1100 Meter hoch — helleste Wälder und jähre Abstürze. Beide Gebirge besitzen viele Luftkurorte und Bäder, so Flinsberg und Schwarzbach, Schreiberbau, Krummhübel, Grudenberg, Hermisdorf und Warmbrunn. Das Waldenburger- und Eulengebirge, über 1000 Meter hoch. Auch hier beschmie Bäder und Luftkurorte, so Salzbrunn, Charlottenbrunn, der Lungenkurort Gorbersdorf und hoch über dem Bergland des Schlesischen Oberschlesien die Ruine Hynsburg. Hier schließt sich das Eulengebirge und das Gläser Gebirge an. Weit verlänn sind die Bäder der Gläser Berge: Altheide, Reinerz, Andona, Landec, Langenau und der Luftkurort Wölkendorf. In der Nähe von Breslau das Zobtengengebirge, über 700 Meter hoch und fern der Hohenasperg mit den Bädern und Luftkurorten Oberwald und Trebitz und dem Kloster Leubus. Vor dem Jäger- und Eulengebirge zieht sich das Ober-Raababach-Gebirge hin, über 700 Meter hoch, mit schönen kleinen Städten und Bägen, wie Kamenz, Lobs mit Burg, die Burgenstadt Wolkenhain. Dem Gläser Gebirge vorgelagert ist das Bergland von Münsterberg-Trebnitz mit altemtümlichen Städten (Frankenstein, schiefes Tor, alte Burg) das altemtümliche Münsterberg, das hochgelegene Nimptsch, Trebnitz mit dem großen Granitsteinbruch der Welt, dem am Kunz reichen Kloster Heidenau. Als Zugangsort zum Jägergebirge ist der Renaissanceort Görlitz und das altemtümliche Greiffenberg; als Sammelort für den Riesengebirgsverkehr Hirschberg, die Lauban- und Barothäude Landeshut, in der Nähe Grünau, Löbau und Schönbörnitz; ist das Ober-Raababachgebirge die alte Bäsenstadt Liegnitz, im Waldenburger Gebirge Walzenburg, Gottesberg Friedland, Zugangsorte für den Eulengebirgsverkehr sind Schweidnitz, die Textilstadt Reichenbach, Frankenstein und Silberberg; im Gläser Gebirge Glashütte, Habelschwerdt und Neurode, ferner Reichstein und Beuthau; zum Altmarktgebiet gehört der Verlein durch die alte malerische Büchstädtstadt Neiße. In der Zeit vom 12. Juni bis Dezember 1932 finden unter der Bezeichnung „Schlesische Tage 1932“ bedeutende Veranstaltungen schlesischen Volks- und Schriftstums, Kunstausstellungen und Musikaufführungen schlesischer Künstler statt. Besonders hervorzuheben sind: Am 12. Juni ein Schlesischer Trachten- und Sängertag zur Jahrtausendfeier in Breslau. Die Belebung Schlesiens ist billig. In den Bädern bekommt man Preisen von 5 RM. an aufwärts. Nächste Auskünfte erhielt das Verkehrsbüro in Breslau, Gartenstraße 96, I. Der kleine Führer von Breslau, für 1.30 RM. der große Führer von Breslau mit etwa 80 Bildern und Stadtplan derselbst zu haben.

Die Firma Conrad Taek & Cie. G.m.b.H., Breslau, Ohlauer Straße 15 und Reinhardtstraße 47/48, befreut neue, originelle Wege der Reklame. Man sieht zurück in den Straßen der Stadt und in den Geschäftsräumen einen „Gesellischen Rat“, der sofort das Ausmaß des Publikums auf sich lenkt. Für klein und groß verteilt er Süßigkeiten, und sehr häufig sind seine ritterlichen, gräßlichen Bewegungen anzusehen. Feder erinnert sich sofort, auf der Schwärze des geschilderten Katers den Namen Taek lebend, an den guten Taek-Schuh. Taek ist die Firma, die seit 15 Jahren selbst fabriziert, ein rein deutsches Unternehmen, und die zuerst dazu überging, ihre Schuhe nur in den 140 eigenen Verkaufsstellen zu verkaufen. Die Besitzer der beiden Breslauer Verkaufsstellen zeigen, daß die Firma Taek in jeder Beziehung eine Leistungsfähigkeit in bezug auf Qualität und Preiswürdigkeit aufweist, die von anderer Seite wohl kaum überboten werden kann.

Berantwortet nur den wahren, wahren und wahren; Karl Lindner, Breslau = für die übrigen Seiten: Alfred Hendrich, Berlin — für Interate: Albert Gallau, Breslau — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsanstalt m. d. o. Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Monistische Gemeinde E.V.

Breslau, Grünstraße 14/16

Ortsgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit

Mittwoch, den 11. Mai 1932, 20 Uhr

Vortrag

im Saale Grünstraße 14/16

Redner: Emil Machek

Thema: „Wege des Übermenschen“

Eintritt für Mitglieder frei

Gäste 20 Pf., Erwerbslose 10 Pf.

Anzeige
getrag., guterhalt.
von 8.— Mk. an
Kleider
von 1.50 Mk. an
Leihhaus
Trebnitzer Straße 21

Partei-genossen!

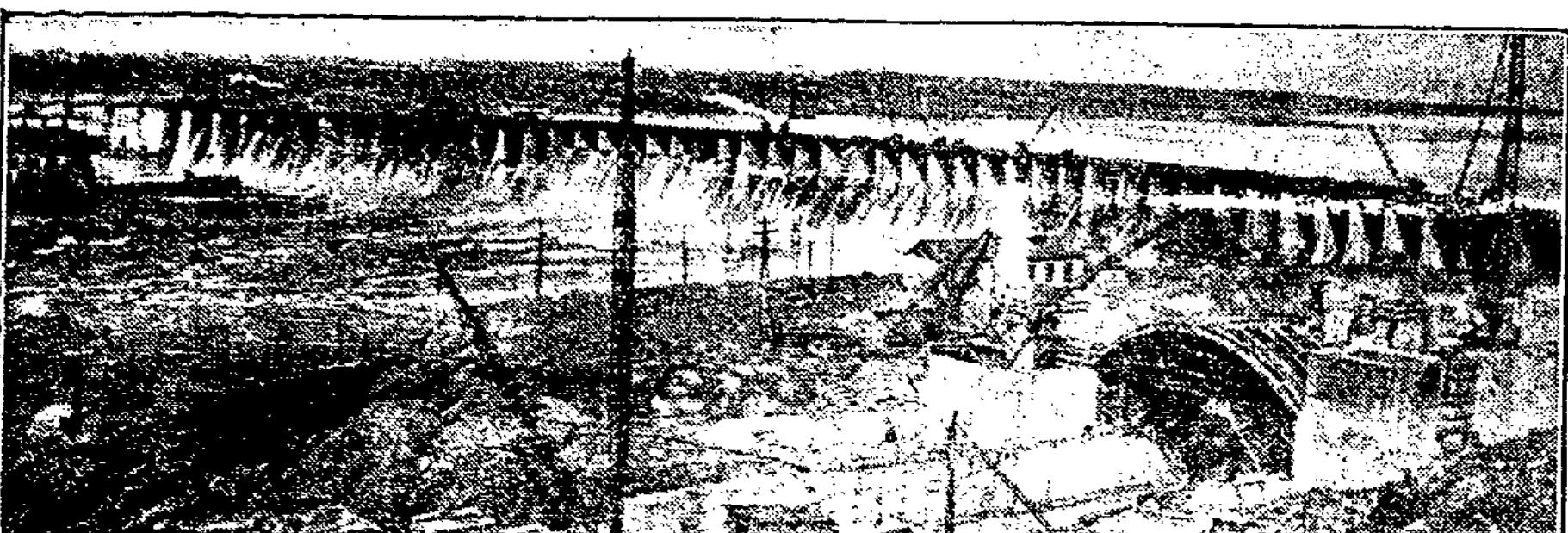
Beachtet
bei allen Einladungen
immer nur unsere
Inserenten!

Rund um den Erdball

Giganten des Fünfjahrplanes



Dneprostroi. Eine Gruppe russischer Bauarbeiter am fast beendigten Staudamm beobachten den schäumenden Strom des Dnepr.



Dneprostroi. Blick auf den größten Staudamm am Dnepr, kurz vor der Beendigung. Gesehen vom linken Ufer des Flusses.

Altersschutz und „Muttertag“

Der vergangene Sonntag stand im Zeichen des Muttertags. Viele Frauen trugen Blumensträuße, und Muttertage wurden gefeiert. Wir wollen hier nicht des näheren darauf eingehen, ob es um den Schatz der Mütter in Deutschland geht oder nicht. Wir haben an dieser Stelle schon des Fünfjahrs darauf hingewiesen, und auf die ganze Heuchelei und Verlogenheit des sogenannten Muttertags. Wir wollen hier nur eine kleine Meldung der Telegraphenagentur aus Bremen wiedergeben, die kaum noch eines Kommentars bedarf.

Tragischer Ausgang des Muttertags

In Bremen, 9. Mai, in dem Hause Steinstraße 14 erlebte eine am Sonntag ein interessantes Brauchtum. Eine 75-jährige Witwe, die seit über 50 Jahren allein lebt, zündete eine Kerze auf dem Nachttisch an. Sie gerundet durch das späte offenbar das Bett in Brand geraten ist. Mitten in der Nacht bemerkte man, daß die Wohnung in Flammen stand. Als die drei Söhne, die zum Muttertag nach Bremen gekommen waren, Leinenleiter, fanden sie die kreise Mutter tot sei. Die Feuerwehr kamte den Brand, der die ganze Wohnung sowie der Deckstuhl verkleinerte, bald loschen.

So feiert man den „Muttertag“. Eine Grelin versprengt hilflos, geht im Zeichen des Muttertags Fried zu stande. Tragischer Ausgang des Muttertags“ steht die bürgerliche Angst vor dieses Ereignis ...

Verzweiflungstat einer Mutter

In Altona, 8. Mai. In Stellingen wurde eine 36jährige Witwe, die dort ein Brotwarengeschäft betrieb, mit ihrer 12jährigen Tochter in der mit Gas gefüllten Wohnung bestimmtlos aufgefunden. Die Tochter gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt, wo es gelang, sie am Leben zu erhalten. Die Mutter war jedoch bereits tot. Nach den bisherigen Feststellungen hat die Frau die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen.

Mord und Selbstmord

In Beuthen (O.-E.), 8. Mai. Am Sonntag gegen Mittag wurde die thüringische Magistratsangehörige Bremia seine geschiedene Tochter, die sich in der Wohnung einer Bekannten aufhielt, durch mehrere Revolverkugeln niedergestreckt. Die Frau wurde an der Brust am Hals lebensgefährlich verletzt und von Nachbarn durch einen Denker vor weiteren Angriffen in Sicherheit gebracht. Beim Eintreffen der Mordekommission fand man Bremia in einer Blutlache liegend auf. Er hatte sich durch einen Schuß in den Kopf getötet. Über die Gründe der Tat ist noch nichts bekannt.

Ehetragödie

In Tilsit, 7. Mai. In Tilsit durchschnitt der pensionierte Eisenbahndienstler Damals seiner Frau mit einem Kochermesser die Kehle und verübte dann Selbstmord, indem er sich die linke Halsader durchschnitt. Das Ehepaar lebte in geordneten Verhältnissen, doch bestanden dauernd Mißhelligkeiten, die durch die nach Auslagen des Nachbarn, nicht begründete Eifersucht des Mannes auf seine etwa 15 Jahre jüngere Frau hervorgerufen wurden.

Große Geldfälscherbande festgenommen

Die Fälschungen nur von Fachleuten erkennbar

In Warschau, 9. Mai. Die polnischen Sicherheitsbehörden sind nach längeren Vorhabungen einer weit verzweigten Banknotenfälscherbande auf die Spur gekommen. In einer kleinen Metallfabrik, die einem früheren Polizeiuntergegenden gehört, war mit großer sachverständiger Kenntnis und den neuesten technischen Errungenschaften eine Druckerei von 20 Zloty-Banknoten sowie eine Präzision von 5 Zloty-Münzen eingerichtet worden. Die Polizei beschlagnahmte die ganze Einrichtung. Insgesamt wurden bis jetzt 10 Personen verhaftet. Sowohl die Banknoten als auch die Silbermünzen waren so vortrefflich gefälscht, daß der Unterschied nur von Fachleuten festgestellt werden konnte. Man nimmt an, daß durch die Bande bereits größere Mengen Fälschungen in Umlauf gebracht worden sind.

Einsturz zweier Mietskasernen in Lyon

Dutzende Proletarier unter den Trümmern — Die Zahl der Toten noch nicht zu übersehen

In Paris, 9. Mai. In Lyon stürzten am Sonntagvormittag zwei Familienhäuser ein, die 45 Bewohner beherbergten. Durch den Einsturz platzte die Gasleitung, worauf die Trümmerhaufen in Flammen aufgingen. Nur etwa 10 Einwohner konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen, so daß noch etwa 35 unter den Trümmern begraben liegen. Bis zur Stunde war es noch nicht möglich, an den brennenden Trümmerhaufen heranzukommen. Nur eine einzige Frau konnte als Leiche geborgen werden. Der Bürgermeister von Lyon, Herriot, sowie die Spitzen der Behörden befinden sich an der Unglücksstätte.

Über das schwere Einsturzglück in Lyon liegen auch in den frühen Morgenstunden des Montags noch keine ergänzenden Meldungen vor. Es gelang immer noch nicht, bis zu den lebendig begrabenen Opfern vorzudringen, deren Anzahl auf 35 geschätzt wird. Um 2 Uhr nachts gelang es den Feuerwehrleuten, einen Tunnel bis unter die Trümmerstätte zu graben. Einige der Rettungsmannschaften behaupten, ein leises Wimmern gehört zu haben. Da die Gefahr weiterer Einstürze jedoch nicht vollkommen behoben zu sein scheint, müssen die Rettungsarbeiten mit allergrößter Vorsicht durchgeführt werden. Es ist jedenfalls nicht damit zu rechnen, daß auch nur eines der eingeschlossenen Opfer mit dem Leben davontkommt.

In Paris, 9. d. Mai. Die Rettungsarbeiten an der Unglücksstätte in Lyon konnten bis zum Sonntagabend noch nicht wieder aufgenommen werden. Die Annahme, daß die unter den Trümmern begrabenen nur noch als Leichen geborgen werden können, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit. Die Zahl der Verstütteten, die ursprünglich auf 35 angegeben wurde, wird von der Polizei auf 50 bis 60 beziffert.

★

Man beachte diese Meldung genau: Diese Meldung der bürgerlichen Telegraphenagentur schwiegt sich darüber aus, wer die Opfer sind. Zuerst hiess es, es wären 35 Tote und jetzt besticht man bereits über 50 bis 60 Tote. Nun, daß diese zwei Häuser, die eingeschürt sind, nicht zu dem sogenannten vornehmen Viertel der Arbeiterviertel Lyon gelegen sind, in daraus zu ersehen, daß zwei Häuser so viele Einwohner beherbergen. Nur in den,



Genosse Stalin auf dem Roten Platz am 1. Mai

Schwere Straßenerlosion in England

Ein Toter, 13 Verletzte

In London, 8. Mai. Durch eine außergewöhnlich schwere Straßenerlosion ist in Bootle bei Liverpool ein Feuerwehrmann getötet worden, 13 Personen wurden verletzt. Als bei dem Versuch, eine schadhafte Stelle an einem unterirdischen Kabel zu stillen, Feuerwehrleute aus dem Bürgersteig einen großen Stein herausheben wollten, erfolgte eine heftige Detonation. Wegen der Rauch verzogen hatte, wälzten sich mehrere Verwundete auf der Straße. Ein Feuerwehrmann war 20 Meter weit fortgeschleudert und getötet worden. Vier Löden erlitten schwere Verletzungen. Sämtliche Fensterläden der umliegenden Häuser waren zertrümmert.

Das Zyklonunglück in Bengalen

In Kalkutta, 8. Mai. Nach den neueren Nachrichten über das furchtbare Zyklonunglück in Bengalen ist der Schaden viel größer als zuerst angenommen wurde. Vorläufig ist es gänzlich unmöglich, die Zahl der Todesopfer auch nur zu schätzen. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Einsturz zweier Mietskasernen in Lyon

Dutzende Proletarier unter den Trümmern — Die Zahl der Toten noch nicht zu übersehen

Arbeitervierteln sind viele Dutzende Menschen, ja Dutzende Familien in zwei Häusern zusammengepreßt. Die Opfer sind Proletarier.

Herr Herriot, der Bürgermeister von Lyon und der „kommende Mann“ Frankreichs, ist an der Unglücksstätte erschienen. Woran ist das Unglück zurückzuführen? Es handelt sich hier jedoch nicht um ein Erdbeben oder eine sonstige Naturkatastrophe. Herr Herriot wird sicher irgendeine Ausrede finden.

Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß Proletarierfamilien gezwungen sind, gegen hohen Mietzins in baufälligen Häusern zu wohnen. Herr Herriot ist jetzt an der Unglücksstätte erschienen. Hat er sich aber bisher dafür interessiert, in welchem Zustande diese Häuser, in denen so viele Arbeiterfamilien zusammengepreßt sind, sich befinden?

Das Unglück von Lyon ist eine bedauerliche Folge der Wohnverhältnisse der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern. Sehen die Arbeiter in Frankreich, so in Deutschland, so in allen kapitalistischen Ländern.

Schneefälle im Mai

In Berlin, 9. Mai. Im Riesengebirge ist in der Nacht vom Montag ein außergewöhnlich starker Wetterkuss eingetreten. Im Gebirge und in den Vorbergen hat starker Schneefall eingesetzt. Es sind stellenweise bis zu 8 Zentimeter Schnee gefallen. Das Thermometer sank auf dem Kamm bis auf 8 Grad und in den Vorbergen auf 2 Grad unter Null. Die Tatsache, daß es im Mai im Riesengebirge noch schneit, gehört zu den größten Seltenheiten.

Schneefälle auch in der schlesischen Ebene

In Breslau, 9. Mai. Auch in der schlesischen Ebene ist es am Montag früh zu Schneefällen gekommen. Aus Gleiwitz und Oels wird gemeldet, daß gegen 7 Uhr früh starker Schneefall eingesetzt und sich eine leichte Schneedecke bis zu 3 Zentimeter Stärke bildete.

Siegreicher Kampf gegen Unterstützungsraub

Saganer Wohlfahrtsunterstützungserbslosen wird die Unterstützung um 30 Prozent gekürzt
Spontane Demonstrationen aller Erwerbslosen sprengen Polizeikordon — Strafe frei!
In einer einheitlichen Front weitergekämpft!

Sagan. Gleichzeitig mit dem Angriff der Unternehmer auf die Löhne der Betriebsarbeiter erfolgt eine weitere Säuzung der Erwerbslosenunterstützungen. Der erste neue Angriff des kapitalistischen Staates richtet sich gegen die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger. Letzte Woche wurde den Wohlfahrtsunterstützungserbslosen von Sagan ein Unterstützungsraub von etwa 30 Prozent angekündigt. Bisher wurden gezahlt: 1. Hauptunterstützungsempfänger pro Woche 8 Mark, 2. Ehefrau 1 Mark, 3. pro Kind 2 Mark, 4. erwachsene Person im Haushalt der Eltern pro Woche 7 Mark. Auf Auflösung des Bezirksfürsorgeverbandes Liegnitz wurden ... obwohl vor zuletzt 3 Monaten bereits 12 Prozent gekürzt wurden ... mit einem Änderung die Unterstützungen am Freitag wie folgt gefügt und ausgesetzt (siehe oben): 1. 6,25 Mark, 2. 3,05 Mark, 3. 1,75 Mark, 4. 1,85 Mark und außerdem kamen gänzlich in Weiß! Die bisher gez. von 1 Mark Gasgeld monatlich, zu Familie 1 Brod, und für Kinder bis 6 Jahren monatlich je 8 Liter Milch! Also ein Abbau von 30 Prozent, teils sogar über 10 Prozent!

Der Erwerbslosen bemächtigte sich eine ungeheure Eregung!
Spontan schlossen sich die Erwerbslosen, gleichgültig welche Organisation sie angehörten, zusammen! Es bildete sich ein Demonstrationszug, der zum Landratsamt zog, um dort gegen diesen ungeheuerlichen Abbau der Unterstützungs Höhe zu protestieren.

Eine zehnköpfige Delegation wurde gewählt, welche die Forderungen der Erwerbslosen zu vertreten hatten und von einer etwa 400köpfigen Masse von außen unterstützt wurden. Die Polizei zeigte sich hier schon tückisch nervös, traute sich jedoch nicht, die Massen niederzuläppeln, da auch sie an ihre Familie zu denken hatten. Nachdem die Delegation berichtet hatte, daß der Landrat zusagte, sofort mit der Regierung in Liegnitz in Verbindung treten zu wollen, wurden die Erwerbslosen aufgefordert, am nächsten Morgen (Sonntagabend) sich hier wieder restlos einzufinden.

Sonntagabend früh bereits um 9 Uhr war wieder eine vierhundertköpfige Menge versammelt, welche erneut die Delegation zum Landratsamt schickte. Schon nach wenigen Minuten kam diese mit dem Ergebnis heraus:

Alles bisher abgezogene Geld wird am Dienstag ausbezahlt!

Wegen der Sondervergütungen betr. Milch, Gas, Brod und über die bereits vom Stadtparlament vor den Wahlen (!!) einstimmig beschlossene Wirtschaftshilfe wird am Montag vormittag in Liegnitz bei der Regierung verhandelt unter Hinzuziehung eines männlichen und eines weiblichen Vertreters der Erwerbslosen auf Kosten des Kreises.

Das bedeutet die praktische Anerkennung des Ausschusses!
Sofort wurden die Kollegin Melzer und Kollege Haufe hierzu gewählt. Letzterer hielt eine Ansprache über die Notwendigkeit des weiteren veränderten Kampfes, worauf sich zum Schaden der Spieker und Polizei ein wichtiger Demonstrationszug in Pommern legte, der unter Singen revolutionärer Lieder und Sprechchoren durch die Straßen zog. Die Polizei — obwohl in voller Bereitschaft mit Gummizüppeln auf der Straße — war machtlos zum Zuschauen verurteilt. Erst als der Demonstrationszug das zweite Mal bei der Polizeiwache vorbeizog, glaubte Kommissar Pohl ein Blutbad anrichten zu können, indem er mit einigen Beamten mitten in den Zug sprang und ihn auflosen wollte. Als jedoch Rufe laut wurden, daß sich die Erwerbslosen nicht mehrfach vertrügeln lassen werden und der Trick von hinten eingespielt, soß es die Polizei vor Abstand zu nehmen und wurde richtig überwältigt.

Die Demonstration zog wieder zum Markt, wo Kollege Haufe eine Ansprache hielte. Auch hier wollte Polizeikommissar Pohl ihn verhaften, was an dem Schlag durch die Erwerbslosen, welche eine Kette bildeten, mißlang. Nach Abwegen der „Internationale“ und mit dem Hinweis auf eine sofortige Erwerbslosenversammlung am Montag, wurde die machtvolle Massendemonstration, wo sich alle Er-

Waldenburger Bauarbeiter appellieren an Alle!

Jeden Angriff der Unternehmer mit Streik beantworten — Aufforderung an die Erwerbslosen zur Solidarität

Waldenburg. Am Freitag fand eine von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene Versammlung aller Bauarbeiter statt, die sehr gut besucht war. Es kam einmütig zum Ausdruck, daß die Verbandsbürokratie das Vertrauen der Bauarbeiter verloren hat. Überall herrscht gute Kampftummlaune. Folgender Appell an alle Werktätigen ohne Unterschied des Industriezweiges wurde einstimmig angenommen:

„Die heute am 6. Mai 1932 im „Ernestinenhof“ (Altmaßler) stattfindende Bauarbeiterversammlung nimmt Stellung zu dem brutalen Angriff der Unternehmer und erkennt, daß nur durch schärfsten Kampf mit der Waffe des Streiks dieser neue Anschlag auf die Lebenslage der Bauarbeiter abgewehrt werden kann.“

Da uns bekannt ist, daß jetzt wieder aus der ganzen Linie, also auch in anderen Berufszweigen, die Löhne in erheblichem Maße gesenkt werden sollen, richten wir uns an alle Werktätigen ohne Unterschied des Industriezweiges, ohne Unterschied der Partei und der Gewerkschaftsgehörigkeit, jeden Angriff der Unternehmer mit dem Streik zu beantworten.

Wir müssen uns bewußt sein, daß, solange es den Unternehmern gelingt, uns einen Pfennig Lohn nach dem anderen abzubauen, wir immer tiefer in die Verelendung versinken.

merbslosen — gleichgültig ihrer politischen Zugehörigkeit (nur mit Ausnahme der Nazis) — geistlosen verübt. Jedoch der Kampf geht weiter bis zur rechtlichen Erfüllung aller Forderungen!

Beide spontanen Demonstrationen der Erwerbslosen von Sagan beweisen, daß die Arbeiter dort, wo sie einheitlich und gleichförmig auftreten, eine große Kraft verfügen, die fähig ist, den Kampf um Arbeit und Brod siegreich zu führen. Jetzt ist es notwendig, über diese Demonstrationen hinaus den Kampf gegen den Unterstützungsraub planmäßig zu organisieren. Die sozialdemokratischen Erwerbslosen müssen an dem Unterstützungsraub, der unter einem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten durchgeführt wird, die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter erkennen.

Die Nazis haben bereits am Freitag und Sonnabend gezeigt, daß sie mit dem 30prozentigen Unterstützungsraub an den Wohlfahrtsunterstützungserbslosen einverstanden sind. Sie geben die Parole heraus, sich an der Hungerdemonstration nicht zu beteiligen!

BEIM EINKAUF

mußt Du Dir Deiner Stärke als Konsument bewußt sein und Deine weitere Bedarfdeckung von der Insertion in deiner Zeitung abhängig machen

Zwei müssen die Erwerbslosen mit ihrem Erwerbslosenausschluß an der Spitze den begonnenen Kampf weiterführen. Die Partei aller Erwerbslosen, auch der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeiter muß lernen:

Der 30prozentige Unterstützungsraub darf nicht durchgeführt werden.

Die Erfüllung dieser Forderung werden und können die Erwerbslosen erreichen, indem sie die begonnene Protestbewegung verstärken und das Kampfbündnis mit den im Bereich befindenden Arbeitern herstellen. Die rote Einheitsfront, das ist die konzentrierte Kraft des Proletariats, die jeden Wohn-, Unterhalts- und Gehaltsraub unmöglich machen wird!

Waldenburger Hungerstreik vor dem Kreistag

Bankrott der Kommunalpolitik — Ungeheure Abstriche an Zahlungen für Rentenempfänger und Wohlfahrtsunterstützungserbslose — Die bürgerlichen Postenjäger verlassen vorzeitig die Sitzung — Zwei Anträge der KPD werden bei Stimmenabstimmung der SPD- und Zentrumsveteren angenommen

Waldenburg, 9. Mai. Die widerliche Postenjägerei der Bürgerlichen und Sozialdemokraten wurde der Öffentlichkeit in der am Freitag, den 6. Mai, stattgefundenen Kreistagsitzung in Waldenburg wieder einmal gründlich vordemonstriert. Unter Punkt 2 der Tagesordnung stand zur Abstimmung: „Ausscheiden der Gemeinde Steingrund aus dem Amtsbezirk Neukendorf, deren Zugehörung zum Amtsbezirk Lehnin wünscher und Bildung eines eigenen Amtsbezirks aus der Gemeinde Neukendorf.“

Für die Bürgerlichen wäre bei Zustimmung ein neuer Amtsbezirk gewonnen worden, während die SPD einen Amtsbezirk verloren hätte. Beide wollten sich deshalb gegenseitig weismachen, daß bei Zusammenlegung oder Nichtzusammenlegung des Amtsbezirks eine Verbilligung erfolgt. Sozialdemokrat Pöhl komme zur bürgerlichen Fraktion hinüber:

Meine Herren, das ist gegen die früheren Abmachungen!

Er erinnerte daran, daß bei der Bekanntgabe der Amtsbezirksposten sich diese beiden Ratsfraktionen je in die Frühe geteilt und immer gegenseitig für ihre Amtsverhältnisse gehalten habe.

Die kommunalpolitische Fraktion forderte die Zurückstellung dieser Abstimmung bis zum nächsten Freitag und die Bildung einer Kommission, bestehend aus je einem Vertreter der Parteien. Da letztere Möglichkeit besteht, aus den Beratungen nachzuprüfen, ob eine Verbilligung bei Zusammenlegung erfolgt oder nicht. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, entschließt sich die kommunistische Fraktion der Stimme. Die Abstimmung ergab, daß eine Zusammenlegung nicht erfolgte und so die Sozialdemokraten ihren Amtsverhältnissen beihalten durften.

Die bürgerliche Fraktion war darüber ungeheuer erfreut und ließ durch ihren Fraktionsführer erklären: „Wir fühlen uns bei Behandlung dieses Tagesordnungspunktes verpflichtet und werden noch an anderer Stelle Wiederholung des Vorspruches einnehmen. Dann zogen Sie Helden, mit Ausnahme der 3 Zentumsabgeordneten, aus dem Saal.“

Es handelt sich der Waldenburger Hungerstreik vor dem Kreistag. Nicht weniger als 1200000 Mark angestrebten Betrag weist dieser Etat auf. Der Kreiswohlfahrtsrat steht überbaupt in seinem Verhältnis zur Zahl der Unterstützungserbslose.

Alein an Wohlfahrtsunterstützungserbslosen zählt der Kreis jetzt 582, d. i. eine Steigerung im Verhältnis zum Vorjahr um 110 Prozent.

Die eingeführte Summe für Wohlfahrtsunterstützung beträgt aber mit 75 Prozent mehr als im Vorjahr. 91000 Mark Zufluss an die Gemeinden für Auszahlung der Kreisunterstützung sind einfach geplatzt worden. Ungeheure Abstriche für Zahlungen an Kreisgerichte, Wallen und Renten-

amt.

Der sozialdemokratische Konsort Rat an sich hatte zu dem ganzen Etat nur lobend zu sagen, als daß er zwar zugibt, daß er vollkommen ungünstig ist, aber die Kreisstagsmitglieder lehnen sich nur den Etat von beiden Außenstellen an und dann ebenfalls zu stimmen, ohne sich groß mit dem was drin steht, zu beschäftigen. Aus seinen Ausschreibungen ging vor allen Dingen hervor, daß auch die sozialdemokratischen „Realpolitiker“ am Ende ihres Rates sind. Sie geben sich nicht einmal die Mühe, den Antritt der kommunalpolitischen Fraktion zu beschleichen. Das hindert aber den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitz nicht, sich künftig darüber aufzuregen, daß die bürgerliche Fraktion durch ihr vorzeitiges Verlassen der Sitzung nun ihnen die offizielle Verantwortung für den Etat überlassen habe. Diese Verantwortung ist aber allerdings so aus, daß die SPD geschlossen mit den 3 Zentumsabgeordneten gegen die 3 Stimmen der kommunistischen Fraktion diesem Hunger-

etat zustimmt.

Am Auftrage der kommunistischen Fraktion ergriffen Gen. Hanisch und die Genossin Franz das Wort. Sie brachten mit scharfen Worten die Handlungsweise der einzelnen Parteien an. Selbst die Sozialdemokraten, welche sich sonst gern in Warten radikal benennen, konnten gegen die Aufschuldizanten nichts einwenden. Sie hörten nur gedrückt zu, als ihnen all die Auswirkungen ihrer Toleranzpolitik und Vergnügungen der faschistischen Diktatur in Deutschland durch die Kommunisten aufgezeigt wurden. Die kommunistische Fraktion hatte noch Anträge erarbeitet, die waren zwei mit sozialem Inhalt angenommen wurden:

1. Der Kreistag wolle beschließen, für diejenigen Gemeinden, die infolge der finanziellen Not außerstande sind, an die Kleinst- und Sozialrentner sowie Wohlfahrtsunterstützungserbslose die in bisheriger Höhe geleisteten Unterstützungen weiterzuzahlen, übernimmt der Kreis die Auszahlung der Unterstützungen in voller Höhe. Zu einem Teil erfolgt die Deckung durch Streichung der Beihilfen an private Wohlfahrt (engl. Kreiswohlfahrsdienst, Arbeiterwohlfahrt, Charitas-Verband) in Höhe von 10 500 Mark.

Für diesen Antrag summten die drei Kommunisten, während sich 15 Sozialdemokraten und drei Zentumsabgeordnete der Stimme enthielten. Ein weiterer Antrag der Kommunisten war folgender:

2. Die Zahl der allein wegen Notdilettanten verurteilten Strafgefangenen wird mit der steigenden Verelendung der Arbeitersklasse immer höher. Der Kreistag wolle deshalb beschließen, zumindestens die im Vorausgeschlag 1932 geistlichen 800 Mark für entlassene Strafgefangene wieder einzusehen. Nach dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir senken die roten Fahnen!

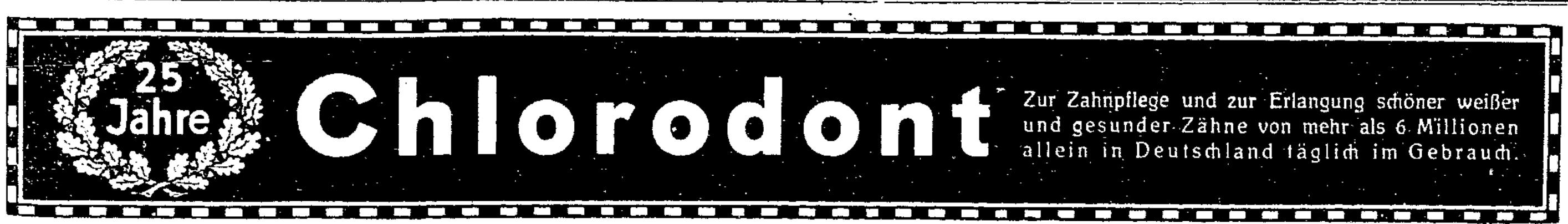
Am Dienstag, den 3. Mai, verließ die Frau unseres langjährigen Genossen Max Scholz. Eine schwere Lungenerkrankung rief sie dahin. Wir erinnern die Mitglieder der Roten Hilfe sowie der Massenorganisationen, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen. Nächste Anweisungen erfolgen noch. Rote Hilfe Böttelsberg.

Die „junge Garde“

Kämpft mit dir, Jungprolet, gegen die Lügenpresse der bürgerlichen Presse. Nach vierwöchigem Verbot erscheint sie wieder ab Freitag, den 14. Mai. Schon heute bei allen Funktionären des KGBD. und im Büro, Breslau, Wallstraße 13, zu bestellen. Preis 10 Pfennig.

Chlorodont

Zur Zahnpflege und zur Erlangung schöner weißer und gesunder Zähne von mehr als 6 Millionen allein in Deutschland täglich im Gebrauch.



Albert Thomas gestorben

Paris, 8. Mai. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, früherer französischer Minister und Mitglied der II. Internationale, Albert Thomas, ist gegen Mitternacht in einem Restaurant in Paris einem Schlaganfall erlegen.

Der 1878 geborene Albert Thomas schloß sich früh dem rechten Flügel der französischen Sozialdemokratie an und verstand es, Karriere zu machen. Vor 1914 war er bereits zweimal Abgeordneter. Bei Kriegsausbruch schlug seine Stunde. Er mache in Kappapatriotismus ebenso wie seine deutschen Kollegen jenseits der Grenze und stimmte begeistert für die Kriegskredite des französischen Imperialismus. Die Regierung belohnte ihn, indem sie ihm die Organisation der Kriegstruppen in Paris übertrug. Bald avancierte Thomas zum Unterstaatssekretär. 1916 wurde er Rüstungsminister. Die französischen Militaristen, Rüstungsgewinnende, Kriegsschleifer und Bank- und Börsenhaften konnten sich einen geeigneteren Vertrauensmann denken, um ihre in das zaristische Unternehmen hineingestekten Kapitalien zu teilen und letztere zum Durchhalten anzuregen, als den Albert Thomas. Unmittelbar auf das Konto seiner russischen Reise im Frühjahr 1917 und auf den Druck, unter den er Kerevli saßte, ging die renommierte „große Offensive“ dieses russischen Bankrotteurs gegen die Mittelmärkte. Die Kluft zwischen den imperialistischen (Mehrdelta-)Sozialist Frankreichs und den „defaitistischen“ Minderheiten, den Internationalisten, zeigte sich 1917 auf der Stockholmer Konferenz, die mit dem Austritt der Sozialpatrioten vom Schlagzeug der Thoms, Renaudel, Sembat, der Ebert, Scheidemann und David die abgründige Misere der zweiten Internationale entrollte. (Die beiden Kräfte des ehemaligen „internationalistischen“ Flügels der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs stehen heute in den Reihen der französischen Kommunistischen Partei.)

Einem Manne wie Albert Thomas, der so verdienstvoll Kriegsmunition zu verschaffen verstand, durften seine kapitalistischen Auftraggeber im Frieden die Belohnung nicht vorenthalten. Auf der I. Internationalen Arbeitskonferenz zu Washington wurde Albert Thomas zum provvisorischen Leiter des Arbeitsamtes beim Völkerbund ernannt. Seit 1921 stand er diesem Amt als Direktor zur vollen Zufriedenheit des internationalen Unternehmertums vor. In den Sieger- und Besiegtenstaaten lebte und blieb die Arbeiterschaft unter den gewaltigen Nachkriegsläden, die sie, nur sie allein, zu tragen hatte. Aber Herr Direktor Albert Thomas, wütender Feind des Arbeiters und Bauernstaates in Über, leitete sein Amt nach der Devise: „Doch mir ja keine Klagen (vor den Völkerbund) kommen!“ Die Verdienstspille, die er von Genf aus in der Zeit schwerster Arbeitslosigkeit vertrieb, sind ein Musterbeispiel für die Arbeitszeitung zwischen Ausbeutern und Sozialverträtern. So war Albert Thomas ein würdiges Mitglied der arbeiterverträglichen, streitfreibetriebenen 2. Internationale.

Kriegsschiffe von Peru meutern

Callao (Peru), 9. Mai. Revolutionäre Matrosen beschäftigten sich am Sonntag der peruanischen Kreuzer „Almirante Grau“ und „Bolognesi“ und legten die Lässiziere los. Die Regierung erklärte sofort das Kriegsrecht und entsandte zwei Minenräumer der Meuterrei Marinesflugzeuge und zwei U-Boote. Während sich die Besatzung der „Almirante Grau“ sofort ergab, stellte die Besatzung der „Bolognesi“ erst die Waffen, nachdem der Kreuzer einen Torpedotreffer in Wasserslinie erhalten hatte. Infanterie besetzte die Kreuzer. Über die Ursache der Meuter gehen die Nachrichten auseinander. Nach einer Quelle soll es sich um einen Protest gegen die Verhaftung des Oppositionsführers Delatorre, nach einer anderen um eine Aktion zum Internationalen Protesttag gegen die drohende Hinrichtung der acht Meuterjungen von Scottsboro handeln.

Breite Streikbewegung in Brasilien

Rio de Janeiro, 7. Mai. Der in São Paulo ausgebreitete Streik der Eisenbahner und der Arbeiter in den Schuhfabriken hat nunmehr auch auf die Straßenbahnen ausgestellt und die Führer der Autobuslinie nach Rio de Janeiro übergriffen. Die Depots werden militärisch bewacht. Bei Streikunruhen wurden drei Arbeiter getötet.

Die Tardieu-Regierung trägt die Schuld

Erklärung der „Humanité“ zum Ablenkungsversuch der französischen Regierung

Paris, 7. Mai. Folgende Erklärung veröffentlicht die Sonderausgabe der „Humanité“:

Das Innenministerium, der Protector der Weißgardisten, versucht, durch das Verbrechen des Dr. Gorguloff außer Rand und Band geraten, eine schändliche Ablenkung gegen die Kommunistische Partei und die III. Internationale.

Wir brandmarkt“ empört vor den Werkstätten Frankreichs das Vorgehen des Innenministeriums, das darauf abzielt, die öffentliche Meinung gegen die Kommunistische Partei und gegen die Sowjetunion aufzubringen und auf diese Weise das Verbrechen des Schülers zum Vorwand dafür zu nehmen, die intensive Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion weiter zu verfolgen. Das Kommuniqué des Innenministeriums ist nur ein Lüngengewebe, das die Bestürzung, das schlechte Gewissen des Verfassers und den Willen zum Kriege gegen die Sowjetunion beweist. Tardieu beschuldigt die „Humanité“, eine verlogene Darstellung des Attentats zu geben und die ersten Erklärungen des Mörders zu falschen. Nun sind aber diese gleichen Erklärungen, die den sowjetfeindlichen und antibolschewistischen Charakter des Angestellten und seiner Tat beweisen, von der ganzen Presse, mit Einschluß der Regierungspresse, veröffentlicht worden. Diese von Gorguloff vor den Behörden in Anwesenheit vieler Journalisten abgegebenen Erklärungen hat man sich beeilt verschwinden zu lassen, von der Augenblick an, in dem man die internationale Tragweite der Erklärungen des Weißgardisten begreift.

Das Innenministerium hat also bewußt logen, um seine kommunistfeindliche und sowjetfeindliche Politik fortzusetzen. Dieses Ministerium lügt bewußt, wen es den weißgardistischen Banditen als einen „Neu-Bolschewit“ hinstellen will, was nichts anderes bedeutet, als den Willen, die Sowjetunion und die Kommunistische Partei um jeden Preis und unter Mißachtung der öffentlündigsten Wahrheit anzuschwärzen. Der „Neubolschewismus“ besteht nur in der verwirrten Einbildung Tardius. Gorguloff ist ein Weißgardist. Nach seinem eigenen Geständnis ist er:

1. Ehemaliger Kosakenoffizier der weißen Konterrevolutionäre Denikin und Wrangel.
2. Seit 1919 Emigrant in Frankreich, in der Tschechoslowakei und in der Schweiz.
3. Gründer der im Jahre 1930 in Prag geschaffenen faschistischen panrussischen Bauernpartei, einer terroristischen und konterrevolutionären Organisation,

deren Ziel es ist, die Sowjetmacht durch den Krieg zu vernichten. (Programmserklärung von 1930.)

4. Konterrevolutionär und sowjetfeindlicher Schriftsteller, der in den weißgardistischen Kreisen unter dem Namen „Pawel Bred“ bekannt ist, Verfasser mehrerer Bände mit Angriffen gegen die Sowjetunion.
5. Besitzer des Roman-Passes, das ist der Identitätschein, der ausschließlich den emigrierten russischen Weißgardisten ausgestellt wird.
6. Von Struve, dem Führer der russischen Monarchisten-Allianz und von Sabatini, dem Vorsitzenden der weißgardistischen russischen Intellektuellen in Frankreich empfohlen.
7. In Beziehungen mit allen anderen Führern der russischen Konterrevolution.

Gorguloff konnte in Frankreich nur unter dem Schutz und unter dem Mitwissen der Polizei und der Regierung bleiben und handeln.

Tardieu hat also gelogen, als er behauptete, daß Gorguloff in Beziehungen zur Kommunistischen Partei stehe. Die Regierung ist es, die in Frankreich die Organisation der Weißgardisten duldet; sie ist es, die sie unterstützt; sie ist es, die — wie sich Steeg ausdrückt — ihnen eine wohlwollende Gastfreundschaft bietet; sie ist es, die ihnen gestattete, im Herzen von Paris, beim Triumphbogen, im September 1930, im August und im November 1931 bewaffnet zu defilieren, während den französischen Werkstätten das Demonstrationrecht untersagt ist.

Die französische Regierung beschützt diese Banditen, weil sie sich ihrer beim Angriff auf die Sowjetunion bedienen will. Die Kommunistische Partei hat seit Jahren auf der Kammertribüne die Ausweisung dieser Weißgardisten gefordert. Die Regierung hat sich indessen ohne Unterlass geweigert. Sie beschützt diese konterrevolutionäre Bande. Sie hat den hunderttausenden Gorguloffs, denen sie Gastfreundschaft und Unterhalt gewährt, die Hoffnung auf den nahe bevorstehenden Krieg gegen die Sowjetunion vorgespielt. Wenn heute einer dieser Weißgardisten in seiner Aufrichtigkeit ein Attentat gegen eine hochstehende Persönlichkeit verübt, um seine Ungeduld und Entzerrung, ist dies — um nicht mehr zu sagen — die Folge aller sowjetfeindlichen Versprechungen, die den Weißgardisten von der französischen Regierung gemacht worden sind. Der Mörder Doumers ist ein Weißgardist. Sein Arm ist durch die sowjetfeindliche Regierung unseres Landes bewaffnet worden.

Werkstätte, seid auf der Hut!

Fordert mit uns die sofortige Ausweisung der Weißgardisten! Auf, gegen den imperialistischen Krieg, der drohend heranrückt!

Riesige Goldverluste Amerikas

Die Goldverluste Amerikas wachsen ins riesenhafte. Erst zu Beginn der letzten Woche verließen an einem einzigen Tage rund 60 Millionen Mark den Neuyorker Hafen. Noch größer waren die Verluste am Wochenende, wo rund 85 Millionen Mark aus Neuyork versandt wurden. Davon gingen allein nach Holland über 65 Millionen Mark und nach der Schweiz über 16 Millionen Mark.

An den internationalen Börsen, in London, in Paris, in Zürich entwertet sich der Dollar. Das Vertrauen des internationalen Finanzkapitals in den Dollar sinkt immer schneller und allgemeiner. Die amerikanischen Banken müssen Riesenbeträge auszahnen, da die Einleger nicht mehr an ihre Sicherheit glauben. Amerika treibt einer gewaltigen Finanzkatastrophe entgegen.

Die litauische Regierung hat die Beamtengehälter um 6 bis 20 Prozent gesenkt.

Mit diesen Worten wurde Luise, die im Laufschritt auf die Gruppe zueilte, empfangen.

„Verhaftet? Warum?“

„Ach, Mensch, schreit nicht so — hier treibt sich allerlei Kruppzeug herum.“

Einige sahen sich ängstlich um. — Man trat in den Hausflur des Volkshauses.

„Ich hab' ja immer erwartet, daß sie die beiden mal schnappen!“

Die haben das nicht schlau genug gemacht!“

„Stimmt gar nicht, wie sollten sie das denn sonst machen? Noch dazu, wo wir jetzt keine direkte Verbindung mit der Kaserne haben!“

„Flugblattverteilung unter den Soldaten?“ fragte Luise. „Man sieht.“

„In der Richter Kaserne.“

„Über die Mauer haben sie diesmal das Material geworfen, weil keine Verbindungslinie da waren! Du mußt nämlich wissen, daß sie die zwei zuverlässigen Wachtposten vor vierzehn Tagen an die Front geschickt haben!“

„Und nun ist es an die falsche Adresse gekommen. So ein paar horrierte Hornochsen, aus der schwatzen Eifel, haben unsere Jungs gestellt! Gefunden haben sie aber nichts mehr bei ihnen. Die Hauptarbeit war eine Stunde vorher in der Bayenthaler Kaserne geschehen.“

„Und was ist nun mit ihnen geworden?“

Der kleine Georg starre trübäugig auf seine ausgezehrten Sandalen.

„Keine Ahnung“, sagte er, „die Schwiere hat sich rechtzeitig verdünnt und weiter nichts mehr beobachtet. Man hat sie in die Kaserne geführt und ihr kann jetzt drauf nehmen, daß sie heute abend schon im Klingelpüß hockt! Jetzt werden sie an uns denken.“

„Vielleicht auch nicht. Sie werden jetzt andere Sorgen haben. — Habt ihr zu Hause schon Bescheid gesagt und seid ihr sicher, daß nirgendwo Material zu finden ist?“

Die fünf Jugendgenossen sahen einander fragend an, aber Georg erwiderte, die Zweifel zerstörend: „Alles in Ordnung! Dem Hans seine Mutter hat zwar gejammt und gegeckert und hätte mich am liebsten rausgeschmissen. Geschimpft hat sie: Ich habe es ja immer gewußt, daß ihr nichts wie Dummköpfe im Kopf habt! Aber schließlich hat sie sich beruhigt.“

Fortschaltung folgt.

richtiger Tumult. Dann sprang eine junge Arbeiterin auf einen Zuschneiderin und sagte, nachdem es ruhig geworden war: „Was ich jetzt erlebt habe, Kolleginnen, das wird zweifellos noch einige Nachwirkungen haben. Vielleicht wird man sogar unsere Kollegin Bell wegen Majestätsbeleidigung verklagen. Das müssen wir unter allen Umständen verhindern! Wir müssen verhindern, daß die Arbeiterinnen — dabei zeigte sie auf die Zuschneiderinnen — entlassen werden. Wir müssen zusammenhalten! Die Kollegin Bell hat sich jetzt für uns den Schnabel verbrant, jetzt müssen wir beweisen, daß wir für sie eintreten. Ihr habt alle gewusst: „Recht hat sie!“, daß sie es dem Alten mal ordentlich gegeben hat; nun müßt ihr auch beweisen, daß ihr hinter ihr steht. Wir haben in unserem Betrieb leider noch sehr viel unorganisierte Frauen und Mädchen. Alle müssen jetzt sofort der Gewerkschaft beitreten. Nur wenn wir organisiert sind, sind wir eine Macht. Dann können wir auch einen Streik führen, wenn es darauf kommt!“

Die Abteilungsleiter versuchten ein paarmal, sie zu unterbrechen und schrien: „Herunter vom Tisch. Weiterarbeiten!“

Über wir haben dafür gesorgt, daß sie austreden konnte. Noch an demselben Tag sind 69 Arbeiterinnen der Gewerkschaft beigegeben, ich war auch dabei.

Und dann ist uns gar nichts mehr passiert. Noch nicht einmal die Käte Bell ist entlassen worden. Aber die Brügelmanns haben sich bald acht Tage nicht mehr sehen lassen und erst dann kamen sie langsam, einer nach dem andern, angekleckst.“

„Ist die Käte Bell heute noch beschäftigt?“ fragte Luise.

„Nein“, antwortete Grete, „abseitig haben sie die! Plötzlich war alles nicht mehr gut, was sie machte. Sie haben ihr die Allordnung immer als fehlerhaft zurückgegeben, und da konnte sie nichts mehr verdienen. Dann hat sie von selber aufgehört.“

Als sie ging, sagte sie: „Sie wollten mich eben klein kriegen. Sie haben's auch gelassen — und — die Gewerkschaft hat mich auch im Stich gelassen!“

„Die Hauptfahne, daß Ihr zusammenhaltet!“

★

Vor dem Volkshaus standen bereits um sieben Uhr, eine Stunde vor Beginn der Versammlung, Gruppen Jugendlicher. An ihren erregten Gesichtern, ihren hizigen Gesichtern, merkte man, daß etwas Besonderes vorgefallen war.

„Hast du schon gehört?“

„Weißt du schon?“

„Hans und Willy sind verhaftet worden!“

Kammerwahlen in Frankreich abgeschlossen

Kommunisten erhalten 12 Mandate — Erfolge in den Industriegebieten

Paris, 9. Mai. Am gestrigen Sonntag haben die Stichwahlen zur Kammer stattgefunden. Das amtliche Gesamtergebnis, das die 605 Mandate und sechs von insgesamt zehn Kolonialmandaten umfasst, zeigt folgendes Bild:

Kommunisten 12 (Gewinn 2), Konservative 5 (Verlust 3), Republikanisch-Demokratische Union (Marin-Gruppe) 76 (Verlust 14), Unabhängige Republikaner 28 (Gewinn 2), Volksdemokraten 16 (Verlust 3), Linkspatriotische Partei (Tardieu-Gruppe) 72 (Verlust 29), Radikale Linke (Germain Martin) 62 (Verlust 28), Radikalsozialisten (Herrriot) 157 (Gewinn 48), Unabhängige Sozialisten und sozialistische Republikaner 37 (Gewinn 5), Sozialisten (Leon Blum) 129 (Gewinn 17), Renegaten des Kommunismus 11 (Gewinn 6).

Das Kabinett Tardieu wird nach dieser Niederlage der Rechtsparteien zurücktreten. Der Rücktritt kann jedoch erst am Dienstag nach der Neuwahl des Staatspräsidenten erfolgen. Als Kandidaten für den Nachfolger des ermordeten Staatspräsidenten Doumer ist von den Rechtsparteien Lebrun und von den Radikalen und Sozialdemokraten Painlevé aufgestellt.

Die Wahlergebnisse liegen noch nicht vor, und doch kann man bei dem reaktionären Wahlsystem in Frankreich die wirkliche Stärke der Parteien nicht nach den Mandaten, sondern nur nach den Wählerstimmen abschätzen. So haben z. B. die Renegaten des Kommunismus mit Hilfe struppeliger Lüstenverbindung mit bürgerlichen Parteien 11 Mandate erobert, obwohl sie nicht ein Viertel der Stimmen unserer kommunistischen Partei erhielten. Sogar der reaktionäre

"Berliner Börsenkurier" muss erklären, daß den Kommunisten auf Grund ihrer Stimmenzahl 70 Mandate zustehen. Da die SP. Frankreichs als einzige Partei des proletarischen Klassenkampfes auf jede Wahlabstimmung mit anderen Parteien verzweigte, repräsentiert jeder kommunistische Kandidat mindestens das Doppelte an Wählerstimmen wie jeder andere Abgeordnete.

Insgesamt sind 12 Kommunisten gewählt, darunter die Genossen Tardieu, Thorez, Pétri, Midol, Renoual, Jean Léon, so daß eine gute sozialistische Kammertafktion vorhanden ist. Die Genossen Cachin, Marthy und Taclès sind durch Kandidaten der Sozialistischen Partei oder der "Partei der proletarischen Einheit" (Renegaten) geschlagen worden, für die die Bourgeoisie misstraut.

Die Kammerwahlen haben mit beträchtlichen Erfolgen der "Linksparteien" abgeschlossen, vor allem der Radikalen, die mehr als ein Viertel der Kammer bilden. Das große Mandat der Bourgeoisie, das daraus resultiert, die Politik des Elends und des Krieges eine "linke" Erscheinungsform zu verleihen, ist also gesagt.

Die Stichwahlen bestätigen die Erfahrungen des ersten Wahlganges, daß die Kommunisten überall dort gewonnen haben, wo es gelang, durch Streiks und sonstige Kampfaktionen eine breite Mobilisierung durchzuführen und die kommunistische Führung im Kampf erprobt wurde. In den schwachen Punkten wird unsere französische Bruderpartei, die angesichts der hervorragenden Rolle des französischen Imperialismus als Hegemon der europäischen Kriegspolitik an exponierter Stelle im internationalen Klassenkampf steht, mit aller Energie nachstoßen.

und gegen den Willen der Bürokratie zu überwinden. Tatsache ist, daß die Partei nun unter den Massen hergeholt werden muß, um auch stark gemacht werden zu können, das sie von den Gewerkschaften nicht unterstützt habe. Gerade bei diesem Kampfe hat es sich gezeigt, daß immer noch reformistische Aktionen in den Koppen der Arbeitersind. Auch die Vorbereitungen des Kampfes waren zu schwach. Die Vorbereitungen sind bis auf die letzten Tage nachgeholt worden, und es war dann nicht mehr möglich, die Belegschaft und die Massen tiefergehend für diesen Kampf zu mobilisieren. Weiter wurde nicht die Massen der Gewerkschaften herangezogen, die unbedingt normieren waren, um diesen Kampf zu unterstützen. Außerdem man auch nicht vermochte, die Schaffung eines großen kommunistischen Teiles der Arbeiter für diesen Streit zu idaffen.

Weiter hängt gerade in der heutigen Situation der Kampf eines von der Frage der Streikmethoden ab, von einem Massenstreik. Hier muß offen beschlossen werden, daß die Partei und RSP. vertrag haben, indem sich nur ein kleiner Teil von Genossen zur Befreiung stellt, die nicht vermögen, alle Engagés zu zu defendieren, wie es notwendig gewesen wäre.

Heute gilt es den Kampf nicht etwa aufzugeben, stattdessen mit der aktiver Aktivität die Massen mobilisieren zum Kampf gegen den ungebremachten Lohnraub. Die Auswirkungen des Lohnraubs werden sich Ende dieser Woche zeigen, wenn die Kollegen mit den geforderten Löhnen nach Hause gehen werden. Hier gilt es den Kollegen klar zu machen, daß es nur einen Ausweg aus weiterer Verelendung gibt, das ist die Organisierung des Kampfes in der roten Einheitsfront gegen die Hungerdiktatur.

Hungernde holen sich Lebensmittel

Leipzig, 9. Mai (Eig. Drahtber.) Am Montagvormittag drangen Erwerbslose in die Geschäftsräume der Fürstengasse und zertrümmerten die Einrichtung, da ihnen die Unterhaltungssätze nicht ausgezahlt wurden. Große Trupps von Erwerbslosen gingen in Lebensmittelgeschäfte und holten sich notwendige Nahrungsmittel.

Neue Hungerdemonstrationen in Chemnitz

Chemnitz, 9. Mai (Eig. Drahtber.) Heute sammelten sich wiederum vor dem Rathaus große Massen von Erwerbslosen an, die Hungersnöte auszuheilen. Ein großes Angebot der Polizei räumte gewaltig die Straße. Die kommunistische Stadtverordnetenversammlung hat die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung beantragt und fordert die sofortige Zurücknahme der Fällung der Wohlfahrtsunterstützungssätze.

„Die Sowjetunion und ihre Friedenspolitik“

Die Rede des Vertreters des Sowjetstaates der Sowjetunion, Litwinow, auf der Generalkonferenz der Friedenskonferenz am 11. Februar 1932. Sie heißt, daß allein die Sowjetunion an die Erhaltung des Friedens interessiert ist, während sämtliche Imperialisten siebenthal zum Krieg gegen das Land der Arbeiter rühen. Preis dieser Broschüre 5 Pfennig.

Brüning fordert imperialistische „Gleichberechtigung“ Deutschlands

Nur der Sieg der Arbeiterklasse zerreißt die Fesseln der Youngslaverei

Reichskanzler Brüning hielt am Sonntag in Berlin vor dem Verband der auswärtigen Presse eine Rede, die von der Berliner Montagspresse als „außenseiterregend“ bezeichnet wird. Brüning hielt diese Rede im Hinblick der demnächst stattfindenden Lausanner Konferenz. Er vertrat die bekannten Forderungen der deutschen Bourgeoisie nach Rüstungsfreiheit, Abschaffung der Reparationszahlungen und der Revidierung des Versailler Friedensvertrages.

Brüning erklärte, daß vom Versailler Friedensvertrag alles Verhängnis ausgehe und wenn keine Änderung eintrete, werde die Welt immer tiefer in das entsetzliche Elend hinabgestoßen, das unter dem Namen Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit zur Geisel aller Kulturstaaten zu werden droht". Durch das Jögern der Staatsmänner sei die „Distanz zwischen dem Eilschritt der Not und dem schleppenden Tempo der Diplomaten zu immer bedrohlicheren Ausmaßnahmen“ gewachsen. Die „beschämende Ergebnisarmut der bisherigen internationalen Beratungen sei der wirksamste Zutreiber der extremen und revolutionären Fronten“. Was not tue, sei nicht eine Multiplikation der Konferenzen, sondern „die beschleunigte und die ganze Tat“. Im Zeichen dieses Tatwillens müsse Lausanne stehen, sonst werde es „nicht zum Meilenzeichen des Lebens, sondern zum Wegweiser des Zusammenbruchs“ werden.

Dieser Appell der deutschen imperialistischen Bourgeoisie aus dem Munde Brünings wird auf die anderen imperialistischen Mächte keinen Eindruck machen. Was Brüning als „das Unglück des Versailler Friedensvertrags“ bezeichnet, daß „einzelne Länder sich alles Gute und Wertvolle dieser Erde sichern, während den Unterlegenen nur die Tränen gestattet werden, um ihr Unglück zu beweinen“, das ist das zwangsläufige Ergebnis des Kampfes, den die imperialistischen Mächte untereinander um die Aufteilung der Erde führen. Der Versailler Schandfrieden, der aus den weltlichen Massen Deutschlands Milliarden für die englischen, französischen und amerikanischen Imperialisten herauspreist, ist ein notwendiger, vom kapitalistischen System der Ausbeutung und Unterdrückung nicht zu trennender Bestandteil. Ebenso wie die englischen, französischen und amerikanischen Imperialisten ganze Kolonien ausbeuten und die Arbeiter und Bauernmassen der kolonialen Länder unterdrücken, ebenso wie der japanische Imperialismus das chinesische Volk mit seinem Raubkrieg überfällt, die Mandchurie besetzt und tausende chinesische Arbeiter und Bauern, die sich dagegen zur Wehr sehen, ermordet, ebenso haben die imperialistischen Mächte, der deutsche Imperialismus mit eingeschlossen, 1914 einen Weltkrieg entfesselt, um durch die „Sprache der Waffen“ zu entscheiden, wer in Zukunft von den imperialistischen Räuber „das Recht“ haben soll, andere Völker auszuplündern und zu unterdrücken. Der deutsche Imperialismus ist in diesem Kriege unterlegen und durch die imperialistischen Sieger zu Tributleistungen gezwungen worden. Brünings moralische Entrüstung über diesen Zustand ändert daran nichts und die Lausanner Konferenz ebenfalls nicht. Den Versailler Schand-

vertrag anzutreten, das wurde bedauert, vom französischen Imperialismus verlangen, daß er aufhören möge, Imperialismus zu sein. Was soviel heißt, von einem Kapitalisten fordern, daß er freiwillig auf die Ausbeutung der Arbeiter verzichte.

Brüning versteht als Preisfrage, ob die Bourgeoisie die Empörung der arbeitenden Massen in Deutschland gegen den Versailler Sklavenpakt (den die deutsche Bourgeoisie 1919 unterschrieben hat!) für die Zwecke des deutschen Imperialismus auszunutzen, indem er die Forderung der Massen auf Beseitigung der Tributleistung mit der Forderung der Bourgeoisie auf imperialistische Gleichberechtigung, auf unbefristete Rüstung zu einem neuen imperialistischen Krieg und ihrer Teilnahme an der Ausplündierung und Unterdrückung kolonialer Völker, verstopft. Die arbeitenden Massen Deutschlands sind gegen die Tributleistungen und gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen. Sie sind die entschiedenste Seite des imperialistischen Systems überhaupt. Ihr Kampf geht unter der Führung der kommunistischen Partei um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Form.

Die Bourgeoisie, mit ihren beiden Stützen Sozialdemokratie und Nationalsozialisten, wird den arbeitenden Massen keine Befreiung von den drückenden Fesseln der Youngslaverei bringen. Das zeigt die bisherige Geschichte aller Versuche der deutschen Bourgeoisie, „Erleichterungen“ des Versailler Systems durchzusetzen. Die „Declaration der Kommunistischen Partei gegen die Tributslaverei, für die soziale und nationale Befreiung“, vom Februar dieses Jahres jagt mit vollem Recht:

„Solange in Deutschland der Kapitalismus regiert, solange wird jede Konzession der Imperialisten, jeder Zahlungsausschub nur mit neuen Fesseln für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, für die Werkstätigen in Stadt und Land erlaubt. Solange wird jedes Abkommen nur die Kette des Versailler Vertrages fester schmieden und das kapitalistische Deutschland noch enger in die Front des Krieges gegen das Sowjetland der Arbeiter und Bauern eingliedern.“

Für die Werkstätigen gibt es nur einen Ausweg aus der Katastrophe, aus der sozialen Sklaverei und der nationalen Knechtschaft. Dieser Ausweg besiegt das Los des niedergehenden verschuldeten, sterbenden Kapitalismus und seiner Lohnslaverei. Dieser Ausweg besiegt das Los des räuberischen Versailler Systems und des Youngplans, der imperialistischen Verlängerung des deutschen Volkes. Dieser Ausweg heißt: Sieg der Arbeiterklasse, Erobierung der politischen Macht, Aufbau des Sozialismus!

Gestützt auf die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes, bewaffnet mit der aktiven Solidarität der französischen, polnischen, englischen Arbeiter, der Arbeiter aller Länder, unloslich verbunden mit den 165 Millionen Arbeitern und Bauern der bereiteten Sowjetunion, wird das freigiebige deutsche Proletariat unter dem Banner des revolutionären Internationalismus die Schlinge des Versailler Vertrages und der Youngslaverei zerreißen!“

Ein richtiger Bolschewik

muß als erster das Programm der Kommunistischen Internationale kennen. Darum beschafft er sich sofort das in der Broschüre zusammengefaßte

Programm der Kommunistischen Internationale

Angenommen vom 6. Weltkongress am 1. September 1928 in Moskau. Inhalt: Statuten der Kommunistischen Internationale, Fremdwortverzeichnis. Bei jedem Litobmann der Partei für 60 Pfennig zu haben.

A

Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau

Kaufst bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstraße 6/10

46982

Man kauft nur

Hut-Schurz-Hüte

Schmiedebrücke 17 18, Schweidnitzer Str. 28

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33

bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfartikeln

Zweigstellen:

- 1. Gräbschener Straße 19/21, 2. Moltkestraße 4
- 3. Bohrauer Straße 43, 4. Poststraße 7

Einkaufsquellen sämtlicher Werktügeln



Selben-Vertrieb Der schlichte Laden
Wäsche, Baumwollwaren
Albrechtstr. 28/29 4652
(Elng. Katharinenstr.)

Wen Ihnen andere Mittel nicht genügen,
versuchen Sie es mit "Farni" gegen
Lungenkrankheiten, Grippe usw.
Zu kaufen in Apotheken.

Kaschube & Döring GmbH
Graupenstr. 31 46912
Angel- und Turnergeräte, Waschleinchen

Anzugstoffe kaufen Sie billiger und frisch bei
Altmann & Pechwasser
Graupenstr. 3 u. Schmiedebrücke 17/18 47917

Drogen, Farben, Foto 47-48

Matthias / Gartenstr. 10

Damenhüte D. Marcus
Gartenstr. 10 47799

Werktügeln, kauft Radio nur bei

RADIO - Ritterplatz

Ritterplatz 8

Teilzahlung bis 12 Monate. 47153

Paul Peschke, Messergasse 1
Lebensmittel- und Kohlehandlung 47624

Nord

P. Pohl Schokoladen / Kakao Zuckerwarenfabrik 46711

Filialen in allen Stadtteilen

Richard Karsunký & Co.

Möbel 4495

Rosenthaler Straße 2 — Ecke Matthiasstraße

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden

Kurz- u. Wollwaren Rosenthaler Straße 55 47798

Max Fichté Bäckerei und Konditorei 47494

Butter-Zentrale Matthiasstraße 102

Margarine, Butter, Margarineprodukte 47497

Fleischerei 47493 und Wurstfabrik

Walter Jonnek Weißbier, Bier 47491

Geld auf Pfänder jeder Art

M. Scholz Blücherstr. 15 Gemüse, Obst Kolonialwaren Spirituosen 47294

Geld auf Pfänder jeder Art

Leihhaus Hickmann Matthiassstraße 113 47493

Kolonialwaren Joh. Lubinsky Matthiass. 89 47491

Paul Herrmann Bäckerei u. Konditorei 47-48

Trebnitzer Straße 64

A. Kallmuth 46943

+ St. Vincenz-Drogerie

Rosenthaler Straße 43 Ruf 41657

Fritz Müller, Mühlen Niederlage

Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

46912 Matthiassstraße 83

Gute Schuhbeschleierung Freiburger Str. 5

Karl Hättasch Blücherstr. 15 Schleißmacherstr. 19 47478

Paul Jilke, Piastenstr. 1 Fleischerei und Wurstfabrik

46915

Kolonialwaren, Spirituosen 46777

Wilhelm Kupczyk, Schleißmacherstraße 51

Nord-Drogerie und Photohandlung Matthiassstraße 35 46900

bei photo-Arbeiten 5% Rabatt

Zentrum

Haustrouen bevorzugen Milch u. Molkerelprodukte der modern u. hygienisch eingerichteten 47490

Dampfmolkerei Scheloske & Sohn, Breslau-Kl.-Tschansch Verkaufsstellen sind durch Plakate kennlich — Tel. 54710

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H. 46821 Berliner Platz 2 Geöffnet: Werktag von 9-16 Uhr

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft Breslau Hervorragende gute Weizen- und Roggenmehle Spezialität: Auszugsmehl: „Schneellocke“ erhältlich in allen Verkaufsstellen des Konsumverein „Vorwärts“ 47161

Schuhe Schuh Vogel nur bei Friedrich-Walke, m. 99. 46 Scheitnigerstraße 12, Ecke Adalbertstraße

Damenhüte Marco - Hüte 47055 Herrenartikel Hedaf 47190 Radiobastler und Sportler kaufen nur bei Sport u. Funk Schmiedebrücke 20

Gelegenheitskauf 3 teil. Kleider schrank mit Wäscheschrank, 85-180cm. Harmon. 200cm. Schreibtisch, 65cm. Schlafzimmer, 6-8cm. Nach. 450cm. Frühstück, komplett. 450cm. Niktastr. 54/55. Teilzahlung gestattet. 47143

Fleischerei und Wurstwaren Albert Walke, Ursulinerstr. 19 20

Hedaf 47190 **Margarine** nur bei C.R.L. J.S. KESSLER, INN. O. KLEIN DA KAUFEN SIE BILLIG UND GUT Friedrich-Wilhelm-Str. 29, Klosterstr. 47 Markthalle Gartenstraße, Stand 125/126 46-51 Augustastrasse 32

Militschka - Tapeten Ursuliner Straße 7 a — Tel. 21285 47474

Schuh 500 Blücherplatz 4 47137

Nord Hedwig Depa 46776 Fischwaren, Gneisenaustr. 8

Kolonialwaren — Spirituosen Heinrich Titze Nachfolger 46775 Trebnitzer Straße 52

Fischgeschäft 46774

F. Küllmer Klopstockstr. Nr. 19

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“

Richard Ellison + 46773 Matthiassstraße 161-163 +

Paul Kuschel Kolonialwaren / Feinkost 47155 Matthiassstraße 183, Schleißmacherstr. 11

Dampfwäscherei und Feinplättgerei

ALBA wäscht für Sie jede Wäsche zu billigsten Preisen gut und sorgfältig 47156 Breslau 10, Ottostr. 34, Tel. 45010

Albert Stosch Kolonialwaren 46797 Herzogstraße 36, Vorwerkstraße 62

St Roon-Drogerie 46820 Foto-Handlung Farben und Lacke

Karl Hubrich Grabschener Straße 215 Fernsprecher 84397

Grabdenkmäler, Urnen Josef Vogel 46784 Gräbschen, am Friedhof

Foto / Farben / Lacke Drogerie Walter Biens 46979 Lehmgrubenstraße 56

Trinket Bäckerei und Konditorei Margot Gretschel, Michaelisstraße 2 Ecke Matthiassstr.

Bürgerliche-Brauhaus-Biere Breslau 47915

Gastwirtschaft Langes Holz angenehmes Familienlokal

gutgepflegte Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit

46960 Inh.: **Fritz Hipp**

Brauerel - Ausschank „Zur goldenen Marie“

Frühstückstube 47919 Breitestraße 39 / Telefon 57185

A. T. G. 46-17

Fleisch-Zentralen

Verkaufsstelle I: Messerdasse 23 Verkaufsstelle II: Neumarkt 14 werden bestens empfohlen. 47138

Lebensmittelhaus Alfred Koller 47141 narrosasse 4/5

Wo kaufen Sie am billigsten Damenkleiderstoffe, Herrenstoffe Säiden- und Futterstoffe, nur bei

D. Süßmann Reuschesstraße 60/61

Stoff - Schafftan Herren- und Damen-Stoffe bekannt billig, reell 47144

Herrenstraße 28

Händler kaufen Kurzwaren, Wolle, Strümpfe enorm billig bei größer Auswahl im

Engroslager Max Cohn & Co. Antonienstraße 2

Photo - Bazar Lüttgens Atelier Klosterstraße 20 / Sehr billig, sehr gut 47176

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich Vorwerkstr. 37, empfiehlt sich bestens. 47477

Elektro-Wäscherei Odertor Seitengasse 1-3. Ruf 44444. 47482

Reserviert 46660

Milch- u. Molkereiprodukte 46825

bei **M. Schneider**, Sandstraße 18

Schuhbesohlung Curt Thamm Münzstr. 3, empfiehlt sich bestens 46822

Mon kauft Möbel preiswert u. gut im 46-51

Möbelhaus Am Ohlau-Ufer 9

Ost Hüte — Mützen, Herren-Artikel

Felix Eckert Klosterstraße 45 am Mauritiusplatz

Großes Spezialhaus der Branche

Lade, Farben, Pinsel

47707 **U. Andrißschle, Feldstr. 50**

Paul Scholz Kolonialwaren Kolonialwaren 47250

W. Kranz Böhrauer Straße 15 47261

Fischhaus Klosterstr. 45

Max Höse 46081 empfiehlt sich bestens

Südost Sämereien — Gartenbedarfartikel

47262 **Gerhard Guhr, Sadowastr. 9**

Kolonialwaren Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren 46986

Karl Kirdner Edeka-Geschäft, Brandenburger Str. 21

Kolonialwaren Max Naewe Siebenhüner Str. 30 47558

Bach & Blachmann Herdastraße 44 Ecke Lehmgroben

Berufskleidung Trikotagen

Strumpfwaren

Große Auswahl, Niedrigste Preise 47496

Fleischerei und Wurstfabrik Adolf Biedermann Grabschener Str. 260 46985

Molkereiprodukte Eier, Butter, Margarine, Käse

Oskar Funke Arletius-, Ecke Hubenstr. 47140

Süd Tischlerarbeiten führt sauber und preiswert aus

Tischlerei Gustav Schiller, Leuthenstr. 70

Arbeiter, wohn? zum gemütlichen Arlt Korle'

Lohestraße 37 47914

Nordost Brot- und Feinbackwaren bei